35. Jahrgang | Nr. 130
2. Halbjahr 2021 | A 59349

diesseits

Das humanistische Magazin

www.diesseits.de

Demokratie braucht Diskurs
Zur konstruktiven Nutzung von Diskursräumen

»Wer sollte besser mitreden können als junge Menschen?«
Reportage zu den U18-Wahlen

Die demokratiezersetzende Wirkung von Fake News
David Lanius im Interview

Democratia, quo vadis?

Wie wir unsere Demokratie schützen und pflegen

Inhalt

Schwerpunktthemen

06 ZUR DEBATTE
Demokratie braucht Diskursräume – die auch konstruktiv genutzt werden müssen
Von Alexander Bischkopf

10 REPORTAGE
»Wer sollte besser mitreden können als junge Menschen?«
Von Lydia Skrabania

16 INTERVIEW
Fake News
Nachrichten mit demokratie-zersetzender Wirkung
David Lanius im Interview

20 ZUR DEBATTE
Demokratiegefährdung durch Extremismus
Die AfD hat sich zu einer rechts-extremistischen Partei entwickelt
Von Armin Pfahl-Traughber

24 INTERVIEW
Bürgerräte
»Eine besonders demokratische Form der Politikberatung«
Dr. Percy Vogel im Interview

28 ZUR DEBATTE
Über die Rolle der Toleranz in der Demokratie
Von Jan Christian Petersen

Weitere Themen

04 Editorial

05 In Erinnerung an Andreas Henschel
Er gehörte zu unseren Besten
Von Manfred Isemeyer

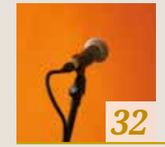
44 ZUR DEBATTE
Religionsfreiheit und Demokratie
Von Henrike Lerch

58 REZENSION
Humanismus – Ruhe oder Unruhe?
Zum neuen Buch von Joachim Kahl
Von Ralf Schöppner

62 HUMANISMUS INTERNATIONAL
Wer hilft bedrohten Humanist*innen?
Von Jan Christian Petersen

Kennen Sie schon die neue Website des HVD Bundesverbandes?
Sie finden unseren neuen Web-Auftritt jetzt unter **humanismus.de**
Besuchen Sie uns!

Foto Cover: Unsplash/Stephen Leonardi; Foto Diskurs: Screenshot YouTube; Foto U18: S. Loos; Foto Lanius: Privat; Foto AfD: Wikimedia Commons/Lupus in Saxonia (CC BY 2.0); Foto Junge Stimmen: Unsplash/J. Tyson; Foto Global: Wikimedia Commons/Spiff (CC BY-SA 3.0); Foto Seeger: K. Börner; Foto Palaver: Wikimedia Commons/Tchoopsa41 (CC BY-SA 4.0); Foto Buchna: Stiftung Hambacher Schloss; Foto Günther: Gedenkstätte Deutscher Widerstand



32 JUNGE HUMANIST*INNEN
Junge Stimmen
»Politik muss schneller und leichter nachvollziehbar werden«
Zusammengestellt von Anna Ranneberg und Lydia Skrabania

36 ZUR DEBATTE
Mehr globale Demokratie wagen
Von Stefan Kalberer

40 INTERVIEW
»Demokratieförderung kann auch im Kleinen wirken«
Johanna Seeger im Interview

46 PHILOSOPHISCHER EXKURS
Für ein humanistisches Verständnis des Palavers
Von Frieder Otto Wolf

50 INTERVIEW
»Das Hambacher Schloss ist eine Wiege der deutschen Demokratie«
Kristian Buchna im Interview

68 GESCHICHTE & GEGENWART
Hanno Günther
Ein fast unbekannter jugendlicher NS-Gegner
Von Michael Schmidt

64 INTERVIEW
Ein Bündnis für ein weltoffenes und tolerantes Berlin
Jens Mätschke-Gabel im Interview

54 PORTRÄT
Heinrich Lux: Wissenschaftler, Sozialist, Publizist
Ein Leben zwischen Freiheitssuche und Gefängnismauern
Gastbeitrag von Ulrich Tietze

Impressum

Herausgeber (V.i.S.d.P.): Erwin Kress im Auftrag des Humanistischen Verbandes Deutschlands – Bundesverband, erwin.kress@humanismus.de

Redaktion & Anzeigen: Lydia Skrabania, redaktion@diesseits.de

Layout: Alexander Paul, www.alex-grafik.de

Druck: Newprint blue GmbH, Berliner Str. 13-14, 10715 Berlin

Abonnent*innenservice: abo@diesseits.de

Redaktionsanschrift: *diesseits* – Das humanistische Magazin, c/o HVD Bundesverband, Wallstr. 61, 10179 Berlin, Tel.: 030 613904-61, E-Mail: info@diesseits.de, Web: www.diesseits.de

Bildnachweise: Alle in *diesseits* verwendeten Bilder wurden im Einklang mit den Bestimmungen der jeweiligen Rechteinhaber*innen verwendet. Sämtliche Rechte liegen bei den Urheber*innen.

Erscheinungsweise: *diesseits* erscheint halbjährlich als Doppelausgabe.

An dieser Ausgabe haben mitgewirkt:

Alexander Bischkopf, Christiane Friedrich, Manfred Isemeyer, Stefan Kalberer, Erwin Kress, Henrike Lerch, Jan Christian Petersen, Anna Ranneberg, Sabine Schermele, Michael Schmidt, Ralf Schöppner, Ulrich Tietze, Armin Pfahl-Traughber, Frieder Otto Wolf.

Beiträge von Gastautor*innen entsprechen nicht zwangsläufig der Meinung des Herausgebers. Die *diesseits*-Redaktion bemüht sich um geschlechtergerechte und inklusive Sprache. Auch unsere Gastautor*innen sind angehalten, hierauf Rücksicht zu nehmen, die Redaktion nimmt jedoch keine diesbezüglichen Änderungen an Originaltexten vor.

Spendenkonto: HVD Bundesverband, Bank für Sozialwirtschaft, IBAN: DE41 1002 0500 0003 3271 01, BIC: BFSWDE33BER.

Bankverbindung für die Abonnements: HVD Bundesverband, Bank für Sozialwirtschaft, IBAN: DE68 1002 0500 0003 3271 00, BIC: BFSWDE33BER

Editorial

Liebe Humanist*innen,

das Wort »Demokratie« stammt aus dem Griechischen und bedeutet wörtlich »Herrschaft des Volkes«. Ob und inwieweit ein Staat demokratisch oder doch autokratisch ist, wird weltweit mit Hilfe des sogenannten *Regimes of World*-Schema (RoW) in Kategorien eingeteilt: Bei den Autokratien wird eingeteilt in echte Diktaturen und solche, die zwar offiziell Wahlen zulassen, aber diese nicht frei und neutral durchführen. Bei den Demokratien gibt es in jedem Fall freie und neutrale Wahlen, jedoch nur in der wirklich freien (liberalen) Demokratie gibt es eine echte Gewaltenteilung.

Wenn man diese Messlatte anlegt, dann bleibt nicht nur zu fragen, wie viele Staaten wirklich liberal demokratisch sind. Es ist auch wichtig zu fragen, wie viele Menschen weltweit tatsächlich in einer freien Demokratie leben. Laut der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) leben derzeit 68 Prozent der Weltbevölkerung in einer der beiden Arten von Autokratien, nur 14 Prozent in einer freien Demokratie. »Der Grad an Demokratie, den der weltweite Durchschnittsbürger genießt, ist 2020 auf ein Niveau gesunken, wie es zuletzt 1990 zu beobachten war«, so die BpB.

Demokratie ist kein selbstverständliches Gut. Auch in einem demokratischen Staat wie in der Bundesrepublik Deutschland muss jede*r Einzelne dafür einstehen.
Es reicht nicht, nur die angenehmen Seiten der bestehenden Demokratie zu genießen, aber ansonsten nichts aktiv für ihren Erhalt zu tun. Auch hier heißt es, aktiv zu handeln, vehement einzutreten, wenn Demokratie angegriffen oder gar geschädigt wird. Doch was heißt das im Klartext?

Ja, es ist wichtig, dass wir unsere Meinung frei äußern dürfen – doch wie sieht es mit Beleidigungen und Verunglimpfungen aus, wie mit Fake News? Ja, es ist gut, dass wir ein Demonstrationsrecht haben – doch wie sieht es mit Angriffen gegen Einrichtungen oder gar Personen aus? Ja, es ist gut, dass wir den einzelnen Menschen in seinen Rechten schützen – doch wie sieht es aus, wenn dadurch die große Menge eingeschränkt wird? Verstehen Sie mich recht, Antworten müssen hier die Politik, die Rechtsprechung und letztendlich auch jede*r für sich finden – denn auch das ist Demokratie.

Ich wünsche Ihnen bei der Lektüre unserer *diesseits* zum Thema Demokratie erhellende Einblicke!

Ihre

Christiane Friedrich
Vorstand des Humanistischen Verbandes Deutschlands – Bundesverband

Foto Friedrich: privat; Foto Henschel: Lydia Skrabania

In Erinnerung an Andreas Henschel
Er gehörte zu unseren Besten

Am 31. Oktober 2021 ist unser Freund, Kollege und Mitstreiter Andreas Henschel mit 65 Jahren nach schwerer Krankheit verstorben. Über 20 Jahre lang war er Geschäftsführer der Humanisten Baden-Württemberg K.d.ö.R, mehrere Jahre Vorstand des HVD Bundesverbandes. Wir verlieren mit ihm einen leidenschaftlichen Streiter für eine lebenswertere humane Welt. Ein Nachruf seines langjährigen Freundes Manfred Isemeyer.

Wer – wie ich – das Glück hatte, mit ihm über Jahrzehnte hin freundschaftlich verbunden zu sein, der erinnert sich gerne an ihn als Vertrauten, Kollegen, als Humanisten. Sein Tod hinterlässt eine Lücke. Als Trost wird oft gesagt: »Die Zeit heilt alle Wunden.« So ganz stimmt das nicht. Manche Wunden heilen nicht, sie vernarben nur, und der Schmerz bleibt. Ich werde ihn vermissen.

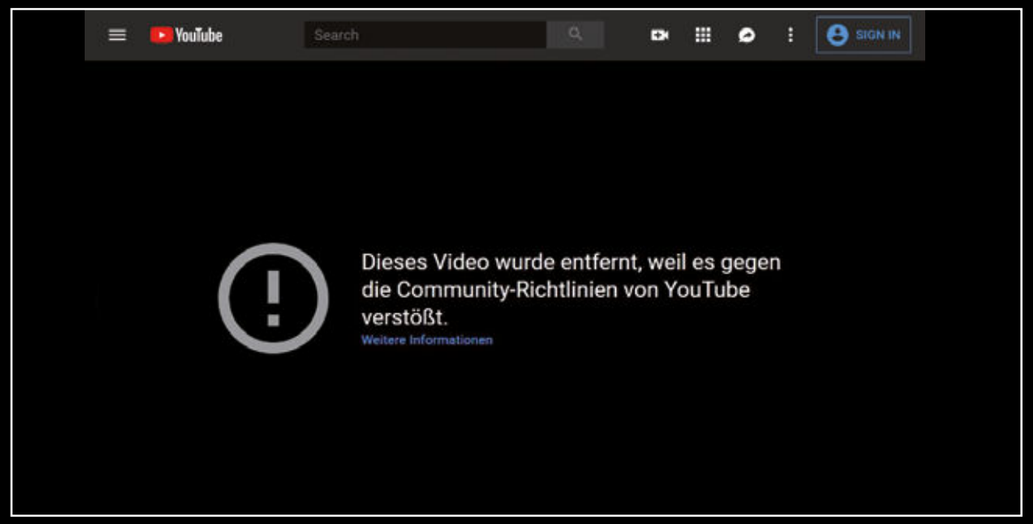
Andreas Henschel tat und bewegte etwas. In Sitzungen unserer Organisationen, in gemeinsamen Projekten, auf Tagungen wusste ich seine Fachkundigkeit, sein sicheres Entscheiden und sein professionelles Handeln zu schätzen, gleichermaßen seine freundliche und hilfsbereite Wesensart. Sicher, er verschloss nicht seine Augen vor den dunklen Seiten der Menschheit. Gerade deswegen war er ein heiterer, lebenslustiger Optimist, der nachdenkliche Fragezeichen setzte, scheinbar Grundsätzliches hinterfragte, auf letzte Genauigkeit und Wahrhaftigkeit bestand. Über Intoleranz, Dogmatismus, Borniertheit und Gewalttätigkeit konnte er verzweifeln. Hinter seinem Engagement stand der eine Wunsch: den Humanismus als eine dogmen- und religionsfreie, offene Weltanschauung und lebendige Kulturbewegung zu etablieren.

Er und ich hätten einander noch viel zu sagen gehabt, wie immer, wenn wir zusammen waren. »Wir müssen noch unbedingt eine Runde Golf gemeinsam spielen«, sagte er bei unserem letzten Treffen in Berlin. Auf sein plötzliches Ende war ich nicht vorbereitet.

In Erinnerung an Andreas Henschel können wir trauern, weil er nicht mehr unter uns ist. Oder wir können lächeln, weil er gelebt hat. Oder wir öffnen die Augen, um das all das zu sehen, was er uns hinterlassen hat . ●

Demokratie braucht Diskursräume – die auch konstruktiv genutzt werden müssen

Von Alexander Bischkopf



Screenshot YouTube

Weltweit erleben demokratische Systeme zurzeit verschiedene Angriffe. Die entsprechenden Auseinandersetzungen werden unter Schlagworten wie (Rechts-)Populismus oder Identitätspolitik ausgetragen und zeigen sich in vielfältiger Form: von »Cancel Culture«, dem Versuch, missliebige Personen aus Debatten auszuschließen, über kulturelle Separation oder Kämpfe um Sprecherpositionen, wer zu welchem Thema berechtigt sei, etwas zu sagen, bis hin zu Gruppenbildungen, die auf angeblich unabänderlichen Wesenskernen beruhen würden. Auch wenn diese Angriffe mit unterschiedlichen Intentionen und Strategien verfolgt werden, ist ihnen gemein, dass sie Selbstverständnisse und Prozesse in Frage stellen und damit demokratische Systeme insgesamt untergraben. Grund genug, sich zu besinnen, welche wesentlichen Grundelemente eine Demokratie ausmachen sollten – und hierzu hat der weltliche Humanismus einiges beizutragen.

Nicht ohne Grund ist die freigeistige Bewegung von ihrem Beginn an eng mit der demokratischen Bewegung verbunden. Sind es doch dieselben Werte und Ziele, die im Politischen wie im Weltanschaulichen verfolgt wurden – in der Überzeugung, dass Menschen für ihre Angelegenheiten selbst verantwortlich sind und ein gutes Leben für alle möglich ist: Meinungsfreiheit, Selbstbestimmung und Solidarität, Gleichheit und gemeinschaftliche Entscheidungsfindung. Und auch heute noch bilden humanistische Werte und Lebensauffassung eine gute Orientierung für eine gelingende Demokratie.

Es ist zunächst die Grundannahme, dass jegliche Politik immer im Universalismus eingebettet sein muss, der die Gleichheit (vor dem Gesetz) und die allgemeine und uneingeschränkte Gültigkeit der Menschenrechte garantiert. Damit das gelingt, muss der*die andere im politischen Prozess stets mitgedacht und berücksichtigt werden. Denn was für Einzelne erstrebenswert ist, muss es als verbindliche Norm nicht unbedingt sein. Als Beispiel sei die Beihilfe zum Suizid genannt, wo von Seiten einer Minderheit aus religiöser Überzeugung allen das Recht auf selbstbestimmtes Sterben entzogen werden soll(te).

Gleichheit: jede*r Einzelne zählt, so wie sie*er ist

Um den postulierten Werten Geltung verschaffen und die entsprechenden Ziele erreichen zu können, ist es notwendig, sich auf Mitmenschen und Aushandlungsprozesse einzulassen. Offenheit für Neues, Freude an Entwicklung und Lebensfreude im Allgemeinen sind dafür wichtige Voraussetzungen. Wer es mit der Gleichheit ernst meint, muss auch bereit sein, die eigene Komfortzone zu verlassen und Gewohnheiten ebenso wie (vermeintliche) Privilegien zu hinterfragen.

Damit Aushandlungsprozesse und Willensbildung zum Anliegen aller werden können, ist eine weitestgehende (Möglichkeit zur) Partizipation notwendig. Der gleichberechtigte Zugang muss unabhängig von Geschlecht, sozialem Status oder (familiärer) Herkunft möglich sein. Für eine gelingende Demokratie braucht es Sensibilität zu erkennen, wo sie ihr Versprechen auf Partizipation und individuelle Freiheit nicht erfüllt, sowie geeignete Maßnahmen, diese Missstände abzubauen. Rechtliche Grundlagen dafür zu schaffen, reicht allein nicht aus – es müssen aktiv niedrigschwellige Zugänge gepflegt werden, die allen Teilhabe und Übernahme von Verantwortung ermöglichen.

> »Auch wenn Demokratie vom Streit lebt, muss er konstruktiv bleiben.«

Verbundenheit: Verantwortung für das Zusammenleben ernst nehmen

Demokratische Prozesse sind oft mühsam und langwierig. Menschen haben nun einmal unterschiedliche Interessen und Ziele – und in der Regel haben sie auch gute Gründe dafür. Differenz ist in diesem Kontext herausfordernd und bereichernd zugleich, da sie den eigenen Horizont zu erweitern vermag. Durch die Bereitschaft zum Perspektivwechsel können die jeweils dahinterliegenden Motive und Bedürfnisse nachvollzogen werden – was wiederum die Chance eröffnet, ganz neue Lösungswege finden zu können.

Wenn das Verständnis vorherrscht, dass es in einer Demokratie um das gemeinsame Bewältigen gemeinsamer Herausforderungen und Aufgaben und nicht um das Übertrumpfen anderer geht, ist es auch leichter, Differenz auszuhalten. Es geht nicht um Lautstärke oder Zuspitzung um jeden Preis (die allein eine Aufmerksamkeitsökonomie bedient, nicht aber dem demokratischen Prozess dient). Auch wenn Demokratie vom Streit lebt, muss er konstruktiv bleiben – dies ist vor allem eine Frage des Inhalts und weniger des Settings. Das Einlassen auf ein Debattieren mit seinem politischen Gegenüber sollte nicht dazu führen, dass man in der Folge aus politischen Prozessen ausgeschlossen wird.

Damit würde ein umfassender Gestaltungswille aufgegeben werden. Bei aller Offenheit für Debatte und Kontroverse gibt es jedoch Grenzen, außerhalb derer Austausch keinen Sinn mehr ergibt: Menschen, denen es um eine Dominanz Weniger geht und die die Menschen- und Grundrechte nicht achten, sollte keine Bühne geboten werden.

Vernunft: die Güte eines Arguments ist entscheidend

Auch wenn die Beweggründe, politisch aktiv zu werden, oft emotionalen Ursprungs sind, sollten Lösungen auf rationaler Grundlage erzielt werden. Die menschliche Vernunft fordert uns auf, zwischen Person und Argument zu trennen: die Güte eines Arguments hat nichts mit dem Menschen zu tun, der es vorträgt. (Am besten ist es natürlich, Beteiligte oder Expert*innen direkt zu Wort kommen zu lassen; was in einer repräsentativen Demokratie oft schwierig ist.) Ebenso verhält es sich mit der (Praxis-)Tauglichkeit eines Arguments, die von seinem Inhalt bestimmt wird und nicht von der Form, in der es vorgetragen wird. Ein Argument soll dabei helfen, Entscheidungen treffen und Handlungen entfalten zu können – und nicht allein aufgrund seiner sprachlichen Form abgelehnt werden. Denn ob sich wandelnde Erwartungen an Wortwahl und Formulierungen immer exakt getroffen werden, ist im Verhältnis zweitrangig. Debatten um Begrifflichkeiten und Definitionsmacht können schnell zum Selbstzweck werden und vom eigentlichen Problem ablenken. Damit soll keineswegs die Bedeutung von Sprache relativiert werden. Gerade in einer Demokratie ist respektvolle, ja, wertschätzende Kommunikation von großer Bedeutung; auch wenn es nicht immer möglich sein wird, den Bedürfnissen aller gleichermaßen gerecht zu werden.

Individuelle Gefühle sind meist keine geeignete Grundlage für einen demokratischen Diskurs. Dies zeigt sich deutlich am Beispiel »religiöser Gefühle«, die in der Geschichte des Ringens der freigeistigen Bewegung um Anerkennung, Gewissensfreiheit und Demokratie oft genug genutzt wurden, um freigeistige Menschen, Überzeugungen und Positionen zu diskriminieren und zu bekämpfen. Der sogenannte Blasphemie-Paragraph bspw. sollte, wie Werner Tschacher es herausarbeitet, die »subjektiv verletzten Gefühle der Angehörigen der christlichen Kirche, der sittlichen ›Normalmenschen‹, wie sie im damaligen Juristendeutsch hießen«, schützen. Und zur Anwendung staatlicher Verfolgungsmaßnahmen, meist indirekt zum Erhalt des monarchistischen Systems, genügte die »unmittelbare, emotionale Empörung Dritter«. Das Problem an (religiösen) Gefühlen ist, dass sie nicht objektivierbar sind und es dadurch zu einer Zuspitzung der Betroffenheit kommen kann; überspitzt gesagt, zu einem Wettbewerb, wessen Gefühle am meisten verletzt worden sind. Politische Prozesse würden damit der Beliebigkeit Einzelner unterworfen, deren dann herausgehobene Machtposition in einem demokratischen System aber weder begründ- noch legitimierbar ist.

Sind Talkshows gute Räume für den demokratischen Diskurs? Voraussetzung dafür wäre, dass die diskutierenden Personen einander und dem Inhalt der jeweiligen Argumente zuhören. Hier zu sehen: Das Studio von 3nach9, der ältesten Talkshow Deutschlands.

Foto Talkshow: Wikimedia Commons/Olaf Kosinsky/info@kosinsky.eu (BY-SA 3.0-de); Foto Bischkopf: Konstantin Boerner

Freiheit: den eigenen Lebensentwurf wählen und auch leben zu können

Menschen sind nicht nur in ihrer Gefühlswelt einzigartig und unterschiedlich. Diese umfassende Heterogenität ist zu berücksichtigen und die Geschlossenheit von Gruppen zu hinterfragen: Wie starr sind Interessen, Identitäten oder Kulturen tatsächlich? Besitzen Menschen nicht auch unterschiedliche Teilidentitäten, die sich sogar widersprechen können? Im Zuge dessen ist es wichtig zu unterscheiden, wann Interessen, Identitätsmerkmale oder Kulturen zur politischen Orientierung bzw. Organisation genutzt werden und wann ihnen unabänderliche Wesenskerne zugeschrieben werden, die Individuen in ihrer persönlichen (Entscheidungs-)Freiheit und ihren Entwicklungsmöglichkeiten einengen bzw. diese gänzlich festschreiben. Im Sinne eines solch komplexen und dynamischen Verständnisses ist jeder Mensch als lernendes und sich veränderndes Individuum, mit all seinen Bedürfnissen, Fähigkeiten, Träumen, Freuden und Ängsten ernst zu nehmen und nicht in einer Gruppe (vollständig) aufzulösen. Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Interessen, Identitäten und Kulturen sind anzuerkennen und miteinzubeziehen. Es wäre eine Paradoxie, durch die Betonung starrer gegensätzlicher Gruppenbildung gesellschaftliche Spaltung überwinden zu suchen. Individuell wie kollektiv gelebte Identitäten und Kulturen sind fluide. Kultureller Austausch und kulturelle Adaption erfolgen ohnehin, immer schon, und sind ein wesentlicher Motor menschlicher Entwicklung, durch den Neues entsteht. Damit sie auch möglichst umfassend als Bereicherung empfunden wird, sollte sie in gegenseitigem Respekt erfolgen.

> »Debatten um Begrifflichkeiten und Definitionsmacht können schnell zum Selbstzweck werden und vom eigentlichen Problem ablenken.«

Ein wesentlicher Vorzug von demokratischen Systemen ist es, dass ihnen der Wille, das Ziel und die Möglichkeiten innewohnen, dass möglichst Viele Veränderung mitgestalten können; dass individuelle und kollektive Interessen gut ausbalanciert werden können. Sie bilden damit eine geeignete Grundlage für das wichtigste Anliegen des weltlichen Humanismus: das eine Leben, unser Leben, möglichst gut leben zu können.

Dr. Alexander Bischkopf (*1976) ist Referent für Weltanschauung beim HVD Berlin-Brandenburg KdöR. Er studierte Geschichte und Erziehungswissenschaft an der TU Berlin. Als Referent berät und vertritt er den Verband in weltanschaulichen Fragen.

»Wer sollte besser mitreden können als junge Menschen?«

Von Lydia Skrabania

Welche Möglichkeiten haben Kinder und Jugendliche, sich politisch zu beteiligen? Ihre Anliegen zu äußern und dafür Gehör zu finden? Die Kinder- und Jugendwahl U18 ist rein symbolisch und in keiner Weise bindend, trotzdem hat sie Signalkraft. Ein Ortsbesuch bei der U18-Wahlparty im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf.

Eine kleine Bühne ist auf dem Victor-Klemperer-Platz in Berlin-Marzahn aufgebaut. Aus den Boxen dröhnt ein Live-Cover des Lieds »Das ist alles von der Kunstfreiheit gedeckt« des Rappers Danger Dan, gespielt von einer Band aus dem Bezirk. Es ist der Abend des 17. September 2021, dem letzten Tag der laufenden U18-Wahlen. Und auf dem großen Platz inmitten der Marzahner Hochhaustürme findet die U18-Wahlparty des Bezirks statt. Inklusive Elefantenrunde und Live-Hochrechnungen, wie bei der »richtigen Wahl«, die neun Tage später stattfinden wird.

In die Wahlurne, die am Rand der Bühne aufgestellt ist, dürfen noch bis 18 Uhr die Wahlzettel eingeworfen werden. Weitere Wahlurnen waren bereits seit dem Frühjahr an insgesamt 39 Orten im Bezirk aufgestellt, in Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen, Vereinen, Bibliotheken. Außerdem war die vergangenen zwei Wochen ein mobiles Wahllokal durch Marzahn-Hellersdorf gerollt. Und obwohl die Wahl für diejenigen, die das Wahlalter noch nicht erreicht haben, rein symbolisch ist, zeichnete sich schon im Vorfeld der Wahlparty ab, dass es eine Rekordwahlbeteiligung geben würde. Eine Rolle haben dabei sicher auch die »U18-Peers« gespielt: junge Menschen, die sich für die U18-Wahlen bei Gleichaltrigen – ihrer Peergroup eben – stark gemacht haben.

»Viele junge Menschen interessieren sich dafür, was aus der Welt und dem Planeten wird«

Esther Thomasius ist eine von den U18-Peers in Marzahn-Hellersdorf. Dass sie ihre Stimme bei der Bundestagswahl 2021 nicht abgeben darf, »das ist wirklich ein großer Schmerz in meinem Herz«, erzählt sie. Ihr Abi hat sie bereits in der Tasche – aber ihren 18. Geburtstag feiert sie erst einen guten Monat nach der Bundestagswahl. Warum sie sich für U18 engagiert? »Ich finde Politik total interessant, setze mich gerne mit politischen Themen auseinander, diskutiere gerne – und möchte das gern auch anderen Kindern und Jugendlichen näherbringen und zeigen, dass unsere Stimmen auch zählen sollen – letztendlich geht es ja um unsere Zukunft. Wer sollte da besser mitreden können als eben junge Menschen?«

Von den U18-Wahlen erhofft sich Esther Thomasius, dass sich Kinder und Jugendliche dadurch noch mehr mit Politik auseinandersetzen.

U18

Die Kinder- und Jugendwahl U18 wurde erstmals 1996 in einem Berliner Wahllokal durchgeführt, heute ist sie eine der größten bildungspolitischen Initiativen für Kinder und Jugendliche in Deutschland. Bei der U18-Bundestagswahl 2021 stimmten bundesweit 262.000 Kinder und Jugendliche ab – so viele wie noch nie zuvor.

Foto U18: Stefanie Loos

Links: U18-Peer Esther Thomasius, die bei der U18-Wahlparty in Marzahn-Hellersdorf auch als Moderatorin für die Elefantenrunde auftrat. Rechts: Zwei Köpfe des KJB – Jonas Schlosser und Frauke Groner auf dem Victor-Klemperer-Platz in Berlin-Marzahn.

Viele junge Menschen hätten das Gefühl, dass es kaum Möglichkeiten gibt, ihre Meinungen zu äußern und Gehör zu finden – dies hat die Abiturientin selbst erfahren, im Kontext ihres schulischen Engagements in der Gesamtschüler*innenvertretung und als stellvertretende Schulsprecherin. »Ich persönlich hatte oft das Gefühl, dass einige Erwachsenen uns trotzdem nicht ganz ernst genommen haben«, berichtet sie. »Auch wenn man zu bestimmten Themen gut informiert ist, verschiedene Positionen beleuchten kann und Sachen kritisch hinterfragt.« Die U18-Wahlen sollen der Politik zeigen, »dass sich viele junge Menschen dafür interessieren, was aus der Welt und dem Planeten wird.«

Auch Jonas Knorr findet es gut, dass durch die Wahl abgebildet wird, wie die Jugend politisch tickt. Der 16-Jährige gehört ebenfalls zu den U18-Peers im Bezirk, außerdem engagiert er sich bei *Fridays For Future Berlin*. Durch die Große Koalition fühlte er sich in den vergangenen Jahren politisch »so überhaupt nicht« vertreten, wie er sagt. »Ich würde mir wünschen, dass für *uns* Politik gemacht wird, für die heranwachsende Generation, die das meiste vom Klimawandel abbekommen wird.« Der bisherigen Bundesregierung wirft er Untätigkeit und Verschleppung in Sachen Klimaschutz vor. Auf Landesebene und im Bezirk fühlt er sich dagegen besser repräsentiert. »Auf Bezirksebene darf ich ja auch schon wählen und da ist auch einfach der Kontakt zu den Politiker*innen viel besser«, erzählt der Klimaaktivist. »Zumindest einige aus jeder Fraktion kenne ich, kann die auch ansprechen und die sind auch bereit Interessen durchzusetzen. Und hier im Bezirk sind sie auch recht offen für Neues.«

Etwas Neues könnte es tatsächlich bald geben in Marzahn-Hellersdorf: Neben der U18-Bundestags- und Berlin-Wahl wird dort nämlich auch für ein Kinder- und Jugendparlament (KJP) abgestimmt, das es jungen Menschen ermöglichen würde, sich in die Bezirkspolitik einzubringen. Die Bezirksverordnetenversammlung hatte bereits 2019 beschlossen, ein solches Gremium zu implementieren. Doch im Anschluss war nicht viel passiert. Eine Gruppe junger Menschen, darunter auch Jonas Knorr, hatte sich deshalb im Jahr 2020 an das Kinder- und Jugendbeteiligungsbüro Marzahn-Hellersdorf (KJB) gewandt, um das Vorhaben voranzutreiben. Und das KJB, das vom Humanistischen Verband Berlin-Brandenburg getragen wird, unterstützte das Anliegen und sorgte dafür, den Kinder- und Jugendentscheid für das KJP breit zu streuen.

Links: Der 16-jährige Jonas Knorr ist nicht nur U18-Peer, sondern egangiert sich auch für Fridays For Future. Hier zu sehen auf einer Demo in Berlin. Rechts: Die ersten Hochrechnungen kurz nach 18 Uhr.

Fotos Jonas Knorr: Fridays for Future Berlin; Fotos U18-Wahlparty: Stefanie Loos; Fotos KJB-Team: Lydia Skrabania

Emanzipation und Selbstwirksamkeit

»Wir sind beauftragt, uns für den Bezirk um die Themen Kinder- und Jugendbeteiligung, politische Bildung und Kinderrechte zu kümmern«, erzählt die Leiterin des KJB, Frauke Groner. »Dabei ist total wichtig, immer im Hinterkopf zu behalten, dass Kinder und Jugendliche keine homogene Gruppe sind, sondern heterogene Gruppen mit Partikularinteressen.« Ein Kinder- und Jugendparlament sei zwar nicht die Lösung für sämtliche Belange, aber Beteiligung an Politik müsse eben verankert werden. »Gerade auf kommunaler Ebene findet die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen statt und da ist es besonders wichtig, ihnen solche Beteiligungsformen anzubieten.«

Ein Votum für das KJP im Bezirk wäre zwar nicht bindend, hätte aber eine starke Signalwirkung. Auch die U18-Wahlen sind in ihrer Wirkung nicht zu unterschätzen. »Für mich ist das etwas Emanzipatorisches, dass man sich als Selbst begreift in einem größeren Ganzen: eine Stimme haben, sich selbst als Teil einer Gruppe mit Interessen erleben und Selbstwirksamkeit erfahren«, erzählt Frauke Groner. Und natürlich haben die U18-Wahlen auch einen Aspekt der politischen Bildung.

Bei den U18-Wahlen in Marzahn-Hellersdorf spielt das KJB aber noch eine weitere wichtige Rolle: Es ist eine der beiden bezirklichen Koordinierungsstellen und damit Ansprechpartner für die insgesamt 39 Wahllokale, die es bei Vorbereitung und Durchführung unterstützt. Und neben der Jugendfreizeiteinrichtung *FAIR* und dem Jugendamt ist das KJB ist auch Veranstalter der U18-Wahlparty.

»Ich würde mir wünschen, dass für *uns* Politik gemacht wird, für die heranwachsende Generation«

»Kinder und Jugendliche sind heterogene Gruppen mit Partikularinteressen«

Elefanten aus Marzahn-Hellersdorf

Auf dem Platz zwischen den Marzahner Hochhäusern hat die Band inzwischen ihren Auftritt beendet. Bevor die Hochrechnungen starten, werden Politiker*innen aus dem Bezirk zur Elefantenrunde geladen. Dabei sind Vertreter*innen von Grünen, Linken, SPD, CDU, FDP – und der Tierschutzpartei, die schon bei vergangenen U18-Wahlen im Bezirk viele Stimmen holen konnte. Die jugendlichen Moderator*innen »grillen« die Anwesenden – mal mehr mal weniger. Mario Czaja wird gefragt, ob die CDU eine Partei alten weißen Männer sei – und warum sie sich trotz ihres hohen Altersschnitts gegen eine Absenkung des Wahlalters stellt. Der Vertreter der SPD, Ben Schneider, wird befragt, wie seine Partei mit dem Volksentscheid zu »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« umgehen wird. Und FDP-Mann Roman-Francesco Rogat nimmt Stellung zu Wahlwerbung an Schulen – und zu dem Lindner-Zitat, Politik sei nur etwas für Profis, nicht aber für Kinder und Jugendliche. (Rogats Antwort: Linder habe »einen schwachen Moment« gehabt.)

Die Politiker*innen werden geduzt, die Stimmung ist insgesamt recht locker. Kontroverser wird es, als auch das Publikum kritische Fragen stellen darf. Wie zeitgemäß ist Plakatwahlwerbung noch – angesichts des immensen Mülls, der dabei zusammenkommt? Und sollte es einen neuen Fächerkanon an Schulen geben, mit Fächern wie Klimagerechtigkeit und Feminismus?

Endlich werden die vorläufigen U18-Wahlergebnisse präsentiert. Bei der U18-Bundestagswahl in Marzahn-Hellersdorf erhält die SPD die meisten Stimmen, im Gegensatz zu den bundesweiten U18-Wahlen, wo die Grünen stärkste Kraft geworden sind. »Was wirklich sehr gut und schön ist, ist die Rekordwahlbeteiligung hier bei uns im Bezirk – das ist ein Statement für sich, ganz unabhängig von den Ergebnissen«, findet Jonas Knorr. »Dass so viele abgestimmt haben, zeigt, dass viele Kinder und Jugendliche eben auch motiviert sind, über Politik nachzudenken.« Er freut sich außerdem über den Entscheid zum KJP: Nicht nur haben über 70 Prozent für ein Kinder- und Jugendparlament gestimmt, außerdem gaben 30 Prozent an, sich daran beteiligen zu wollen.

»Nur ein erster Schritt«

Einige Wochen nach der Wahlparty. Die »Ampel« aus SPD, Grünen und FDP hat inzwischen ihren Koalitionsvertrag vorgelegt. Was bewerten die beiden U18-Peers aus Marzahn-Hellersdorf den Ausgang der Bundestagswahl und das Papier der Koalitionäre?

»Auf jeden Fall finde ich das Ergebnis der Bundestagswahl besser als vor vier Jahren. Aber es könnte noch zukunftsorientierter sein und junge Menschen könnten noch besser repräsentiert werden«, findet Esther Thomasius. »Insgesamt gibt es jetzt zwar mehr Diversität im Bundestag, der Altersdurchschnitt ist niedriger und es sind jetzt auch trans Personen vertreten. Aber das ist nur ein erster Schritt. Da muss noch viel mehr passieren, um die Bevölkerung annährend abzubilden.«

Jonas Knorr findet »viele gute Punkte« im Koalitionsvertrag, nur leider sei auch vieles sehr schwammig formuliert, zum Beispiel beim Kohleausstieg. »Sich Ziele zu setzen ist zwar immer gut, aber man sollte sie dann natürlich auch umsetzen. Ich traue der neuen Regierung aber zu, dass sie mehr tun und es besser machen wird als die letzte, auch in Sachen Klimaschutz.« Was ihn besonders freut, ist, dass eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre für die Bundestags- und Europawahlen im Koalitionsvertrag steht. »Wenn das wirklich kommt, das wäre echt krass.«

KJB

Das Kinder- und Jugendbeteiligungsbüro Marzahn-Hellersdorf (KJB) ist ein Projekt des Humanistischen Verbandes Berlin-Brandenburg KdöR. Es informiert, qualifiziert und stärkt junge Menschen mit vielfältigen Beteiligungs- und Mitbestimmungsangeboten und engagiert sich im Berliner Bezirk als Lobbyist für Kinder- und Jugendinteressen.

Die Elefantenrunde der U18-Wahl in Marzahn-Hellersdorf (v.l.n.r.): Mario Czaja (CDU), Inka Seidel-Grothe (Tierschutzpartei), Roman-Francesco Rogat (FDP), Björn Thielebein (DIE LINKE), Pascal Grothe (Grüne) und Ben Schneider (SPD).

Fotos U18: Stefanie Loos

Fake News
Nachrichten mit demokratiezersetzender Wirkung

Das Interview führte Lydia Skrabania

Das Phänomen »Fake News« und seine Auswirkungen auf demokratische Entscheidungsprozesse wird spätestens seit der US-Präsidentschaftswahl 2016 und dem Brexit-Referendum breit diskutiert. Der Philosoph und Streitforscher **David Lanius** hat sich eingehend mit »Fake News« beschäftigt. Wir haben mit ihm über ihre problematische Rolle in sozialen Medien und ihren Einfluss auf die Politik gesprochen – und darüber, was wir Fake News entgegensetzen können.

Foto Lanius: Privat

Herr Lanius, wir müssen zunächst mal klären, was »Fake News« eigentlich sind. Oft werden mit diesem Begriff ja ganz unterschiedliche Dinge bezeichnet.

Ja, meiner Kollegin Romy Jaster und mir war das vor einigen Jahren auch aufgefallen. Daraufhin haben wir uns diesem Problem angenommen und eine ordentliche Begriffsbestimmung vorgenommen. Wir haben uns viele mögliche Definitionen angeschaut und sind die verschiedenen Fälle durchgegangen, die als Fake News erfasst werden sollten – und auch Fälle, die eben nicht als Fake News erfasst werden sollten, zum Beispiel Satire oder journalistische Fehler oder auch Verschwörungstheorien. Das lässt sich nur klar differenzieren, wenn man eine Definition von »Fake News« hat. Und die haben wir entwickelt.

Und sie lautet ...?

Fake News sind Nachrichten, die zwei Mängel aufweisen: einen Mangel an Wahrheit und einen Mangel an Wahrhaftigkeit. Mangel an Wahrheit bedeutet, dass diese Nachrichten entweder falsch sind – da steht etwas wörtlich Falsches –, oder sie sind irreführend – da steht zwar nichts wörtlich Falsches, aber was darüber hinaus kommuniziert wird, ist falsch. Solche Irreführungen findet man bei einer ganzen Reihe von Fake News. Der Grund: Die Autor*innen können sich in diesem Fall besser herausreden, wenn sie der Falschheit überführt werden. Ein Mangel an Wahrheit ist also eine notwendige Bedingung dafür, dass eine Nachricht Fake News ist.

Und die zweite notwendige Bedingung ist der Mangel an Wahrhaftigkeit?

Richtig. Mangel an Wahrhaftigkeit bedeutet, dass die Nachrichten entweder mit einer Täuschungsabsicht oder mit einer Gleichgültigkeit gegenüber der Wahrheit in die Welt gesetzt wurden. So gibt es politische Akteure, die die Menschen über bestimmte Sachverhalte täuschen wollen und dazu entsprechende Fake News in die Welt setzen. Was aber – vor allem in den sozialen Medien – noch häufiger ist, ist Gleichgültigkeit gegenüber der Wahrheit. Im Fachjargon nennt man das auch »Bullshit-Einstellung«, das heißt, hier haben wir Akteure, denen es egal ist, ob das, was sie verbreiten, wahr oder falsch ist – Hauptsache sie erreichen ihre Ziele. Ein Beispiel hierfür ist der Fall der mazedonischen Teenager, die im Jahr 2016 während des US-Präsidentschafts-Wahlkampfes damit angefangen haben, Fake News zu verbreiten, und denen es dabei völlig egal war, was diese Nachrichten aussagen oder welche politische Botschaft sie haben – Hauptsache, sie konnten damit Geld verdienen.

In dem Buch, dass sie gemeinsam mit Romy Jaster geschrieben haben, heißt es, Fake News habe es schon immer gegeben. Was heute aber neu ist, seien ihr Ausmaß und ihre Verbreitung, vor allem durch die soziale Medien.

Ja, wenn man sich im Internet bewegt, kommt man an diesem Phänomen kaum noch vorbei. Allerdings gibt es vermutlich auch ein erhöhtes Problembewusstsein dafür. Unsere These in dem Buch ist, dass es heute mehr Fake News gibt, sie sichtbarer sind und durch die Dynamik in den sozialen Medien Probleme entstehen, die vorher so nicht bestanden.

Welche wären das?

Leider befinden wir uns noch in einem relativ frühen Stadium der Forschung, so dass es bislang noch wenig Hypothesen gibt, die empirisch klar bestätigt sind. Was man aber wohl sagen kann: Fake News führen tendenziell zu schlechteren Entscheidungen, weil Menschen falsch informiert sind oder von den relevanten Fragen abgelenkt werden. Außerdem führen sie tendenziell zu einem allgemeinen Vertrauensverlust. Rezipient*innen von Fake News zweifeln eher an den normalen epistemischen Autoritäten – also an den klassischen Medien, an Politiker*innen und an Wissenschaftler*innen.

David Lanius

David Lanius (*1984) ist Philosoph und Streitforscher. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am DebateLab des Karlsruhe Institute of Technology (KIT), aktuell vertritt er die Professur für Philosophiedidaktik an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. 2017 gründete er gemeinsam mit Romy Jaster das Forum für Streitkultur. Mit Jaster veröffentlichte er außerdem u.a. den Band »Die Wahrheit schafft sich ab. Wie Fake News Politik machen« (Reclam, 2019).

»Wenn Menschen nicht mehr wissen, welchen Kanälen sie vertrauen können, dann erzeugt das eine Irritation, die auch gesamtgesellschaftlich Entscheidungsprozesse schwieriger machen kann.«

Dabei ist allerdings noch offen, wie groß der Anteil ist, den Fake News an dieser Entwicklung haben und wie stark andere Faktoren dazu beitragen, wie zum Beispiel Filterblasen. Was wir sicher wissen, ist, dass es Akteure gibt, die genau dieses Ziel haben; die eine Art »Infokrieg« betreiben, um auf diesem Wege die westlichen Demokratien zu destabilisieren und hierzu unter anderem Fake News verbreiten. Wenn Menschen nicht mehr wissen, welchen Kanälen sie vertrauen können – auch wenn sie nicht unbedingt jeder Fake News glauben –, dann erzeugt das eine Irritation, die auch gesamtgesellschaftlich Entscheidungsprozesse schwieriger machen kann.

Müsste man Fake News hier nicht auch noch einmal differenzierter betrachten? Eine ausgedachte Nachricht über die Hochzeit eines Promis in der Klatschpresse ist in ihrer Wirkmacht ja nicht gleichzusetzen mit gezielten Desinformationskampagnen und den Fake News, die wir zum Beispiel im Vorfeld des Brexit-Referendums gesehen haben.

Das ist absolut richtig. Ich glaube allerdings, dass ein Effekt stets darin besteht, dass der Wert *Wahrheit* in der Öffentlichkeit seinen Stellenwert verliert. Dass es den Menschen, die Fake News konsumieren, zunehmend gleichgültiger wird, was tatsächlich wahr ist – sie wollen einfach unterhalten werden. Das ist auch ein Teilaspekt, der die sozialen Medien allgemein problematisch macht; denn primär geht es den meisten Menschen bei der Nutzung der sozialen Medien darum, unterhalten zu werden oder soziale Beziehungen zu pflegen – es geht fast nie um Erkenntnis und Wahrheit.

Welchen Einfluss haben Fake News auf die Politik?

Das ist schwer allgemein zu beantworten. Ich denke, in Deutschland hält sich die Problematik relativ in Grenzen. Wir sind vergleichsweise gut gewappnet mit unserem sehr eingespielten, halbwegs solide finanzierten Mediensystem, wo in den allermeisten Fällen nach journalistischen Qualitätsstandards gearbeitet wird. Wir haben eine ganze Reihe an hervorragenden Akteuren wie *Correctiv* oder dem *Faktencheck* der Tagesschau, die Fake News etwas entgegensetzen können, zumindest im Nachhinein. Das ist allein zwar keine Lösung, aber doch ein wichtiger Baustein. Außerdem haben wir eine Politik, die relativ gut funktioniert, vor allem im Vergleich zu anderen Ländern. Probleme werden aufgedeckt und wenn es zu Fehlverhalten kommt, folgen daraus im Regelfall Konsequenzen. Es sind verschiedene Institutionen, die zusammenspielen und dazu beitragen, dass Fake News eben nicht den Effekt haben, den die genannten Akteure sich erhoffen. In vielen anderen Ländern – wie in Ungarn, Russland, Nigeria, Indien und zeitweise auch in den USA unter Trump – ist der Effekt von Fake News auf die Politik vermutlich größer –, zumal dort die Politik zum Teil selbst mitmischt und Fake News als Instrument für die eigenen Belange einsetzt. In Russland ist dies vielleicht am deutlichsten zu sehen. Dort ist das Vertrauen der Bevölkerung in die Medien allgemein sehr niedrig, weil konstant Falschheiten kolportiert werden – was am Ende den nachhaltigen Effekt hat, dass die demokratische Meinungsbildung der Bürger*innen erschwert wird und dann demokratische Entscheidungsprozesse nicht mehr funktionieren.

Was ist mit dem Phänomen derjenigen in Deutschland, die »Lügenpresse« schreien? In dieser Gruppe herrscht ja ein starkes Misstrauen gegenüber den seriösen, vor allem öffentlich-rechtlichen Medien. Ist das eine Randerscheinung? Etwas, das in der Realität kleiner ist als es wirkt, einfach weil diese Leute so laut sind?

In Deutschland ist das auf jeden Fall ein Randphänomen. Es ist eine kleine, überschaubare Gruppe, die zumindest in letzter Zeit auch nicht mehr gewachsen zu sein scheint. Es gibt verschiedene Studien, die klar zeigen, dass das Medienvertrauen insgesamt in letzter Zeit wieder gestiegen ist und dass die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland ein relativ hohes Vertrauen in die seriösen Medien hat. Auf der anderen Seite gibt es allerdings etwa zehn Prozent, die man als radikale Systemgegner bezeichnen kann, die tatsächlich »Lügenpresse« rufen, sich über ihre eigenen Parallel-Medienuniversen informieren und auch nicht mehr so leicht ansprechbar sind. Das ist jedoch nicht in Stein gemeißelt. In anderen Ländern kann man sehen, dass diese Gruppe von Leuten, die den epistemischen Autoritäten der Gesellschaft nicht mehr vertrauen, wachsen kann. Zum Glück gibt es in Deutschland dafür aber momentan keine Anzeichen.

Eine Ihrer Thesen ist, dass die informierte Öffentlichkeit eine Grundvoraussetzung für das Funktionieren einer Demokratie ist. Wie wirkt sich der Zuwachs von Fake News darauf aus?

Nur, wenn die Bevölkerung ungefähr weiß, was die großen gesellschaftlichen Fragen sind, welche Positionen die politischen Parteien dazu einnehmen und was die Wissenschaft zu den empirischen Grundlagen dieser Fragen sagt, kann sie Entscheidungen treffen, die ihre eigenen Interessen abbilden. In Ländern wie Ungarn oder Russland, die nicht (mehr) klarerweise Demokratien sind, in denen jedoch Wahlen stattfinden, sehen wir, dass die Bevölkerung häufig nicht weiß, welche Wahlentscheidungen ihre eigenen Interessen abbilden. Wenn Menschen fehlinformiert sind, setzen sie ihr Häkchen am Ende eher dort, wo sie es nicht setzen würden, wenn sie richtig informiert wären. Das allein würde das demokratische System noch nicht unterminieren, auch wenn es die Legitimität demokratischer Entscheidungen infrage stellt. Aber wenn zusätzlich Akteure auf der politischen Bühne erscheinen, die die Demokratie verachten und Fake News für ihre Ziele einsetzen, dann gibt es ein Problem. Wenn solche Leute gewählt werden, dann wird die Demokratie schrittweise abgeschafft. Das ist etwas, das wir leider derzeit vermehrt beobachten können.

Was kann man Fake News und deren zunehmender Verbreitung entgegensetzen?

Kurzfristig im Prinzip nur zweierlei: löschen und korrigieren. Faktenschecks hatten wir bereits angesprochen. Vor allem dann, wenn Fake News strafrechtlich relevant sind, sollten sie zudem gelöscht werden. Denn oft haben Fake News Komponenten von Hate Speech. Der Grund: Sie sind besonders erfolgreich, wenn sie emotionalisieren und mobilisieren – und das geht am einfachsten gegen Andere. Diese Kombination mit Hate Speech macht sie neben ihrer demokratiezersetzenden Wirkung noch gefährlicher: dass Bevölkerungsgruppen stigmatisiert und Gewaltaufrufe sowie tatsächliche Gewalt provoziert werden. Löschen und korrigieren hilft dabei leider nur sehr begrenzt; es ist ein Kampf gegen Windmühlen.

Eben, wir können nicht nur den Plattformen hinterherrennen und versuchen, bereits entstandenen Schaden abzumildern. Sie haben im Buch ja auch einige Lösungsansätze beschrieben – was ist noch zu tun?

Romy Jaster und ich sehen zwei grundlegende Ansätze, die zwar nachhaltiger sind – aber leider auch nicht so schnell Früchte tragen. So liegt ein Teil der Lösung in besserer Bildung, und zwar nicht im Sinne von Wissensvermittlung, sondern von einer Schulung kritischen Denkens, auch zur Vermeidung eigener Denkfehler. Das passiert an deutschen Schulen bisher kaum und wenn, dann nicht systematisch. Der zweite Ansatz fordert es, in der Öffentlichkeit eine Streitkultur zu leben, die diesen Namen auch verdient; dass wir als Bürger*innen sehen, die Politiker*innen und andere Personen des öffentlichen Lebens halten sich an grundsätzliche moralische und epistemische Normen. Es werden Argumente ausgetauscht und bei Fehlern wird tatsächlich nachgebessert. Die klassischen Talkshows sind das perfekte Beispiel, wie es nicht laufen sollte. Hier wird nicht aufeinander eingegangen, hier inszeniert man sich für das Publikum und die anderen Gesprächspartner*innen sind nur Statist*innen für die eigene Performance. Dadurch wird ein Bild von demokratischem Streit vermittelt, der nicht förderlich ist, weil dabei Fakten nicht so wichtig sind und epistemische Normen verletzt werden. Dort sind tatsächlich ähnliche Mechanismen am Werk wie in den sozialen Medien. Bis zu einem gewissen Grad ist das legitim, weil wir natürlich auch ein Recht auf Unterhaltung haben. Aber aus einer demokratischen Perspektive ist das Bild von Streitkultur und Politik, das dadurch in den Köpfen der Menschen entsteht, höchst problematisch. Das könnte man anders machen, indem man mit gutem Beispiel vorangeht. Indem man zeigt, dass man sich von Argumenten des Gegenübers überzeugen lassen kann. Dass einem Fakten wichtig sind. Dass man, wenn man erkannt hat, dass man etwas falsch verstanden hat, das auch eingesteht. All das sind zentrale Werte, die in unserer Demokratie auf jeden Fall ausbaufähig sind und sie widerstandsfähiger gegen Fake News machen würden.

Herr Lanius, danke für das Interview!

Foto Plakat: Wikimedia Commons/ Lupus in Saxonia (CC BY-SA 4.0)

Demokratiegefährdung durch Extremismus

Die AfD hat sich zu einer rechtsextremistischen Partei entwickelt

Von Armin Pfahl-Traughber

Die AfD verzeichnete bei den Bundestagswahlen einen leichten Rückgang auf 10,3 Prozent der Stimmen. Gleichwohl konnte sie erneut ein Zehntel der Wähler für sich mobilisieren. Warum dies auch für die Demokratie eine Gefahr bedeutet, veranschaulicht der folgende Beitrag des Extremismusforschers **Armin Pfahl-Traughber.** Seine Hauptthese lautet: Mittlerweile ist die AfD selbst eine rechtsextremistische Partei geworden.

Die »Alternative für Deutschland« (AfD) ist eine demokratisch legitimierte Partei. Sie sitzt im Bundestag und allen Landtagen. Ist die AfD daher auch eine demokratische Partei? Nicht nur ihre Anhänger bejahen diese Frage, ähnlich äußern sich auch manche Kommentatoren. Dabei handelt es sich aber um einen Denkfehler, denn eine demokratische Legitimation steht nicht notwendigerweise für eine demokratische Position. Ansonsten wären KPD und NSDAP auch demokratische Parteien in der Weimarer Republik gewesen. Beide dezidiert antidemokratisch eingestellten politischen Akteure waren eben lediglich in den Reichstag hinein gewählt worden. Diese Erinnerung an historische Geschehnisse beabsichtigt keine inhaltliche Gleichsetzung mit der genannten heutigen Partei. Es geht lediglich um die Differenzierung von demokratisch legitimiert und demokratisch positioniert. Denn hier wird die Auffassung vertreten, dass die AfD nicht nur ein Problem mit Rechtsextremisten in ihren Reihen hat. Sie kann mittlerweile selbst als eine rechtsextremistische Partei angesehen werden.

Bei der AfD erfolgte ein Entwicklungsprozess, der auf folgende Einschätzung hinausläuft: Anfänglich bestand in ihr eine rechtsdemokratische Mehrheit mit einer rechtsextremistischen Minderheit, heute existiert dort eine rechtsextremistische Mehrheit mit einer rechtsdemokratischen Minderheit. Diese Differenzierung ist zunächst hinsichtlich der Einschätzung wichtig, dass eine rechte politische Auffassung durchaus mit den Basiswerten einer modernen Demokratie konform gehen kann. Erst wenn deren Grundlagen negiert und relativiert werden, lässt sich von einer extremistischen Orientierung oder Prägung sprechen. Die noch kurze Geschichte der Partei macht deutlich, dass es ebendort eine kontinuierliche Entwicklung hin zu rechtsextremistischen Positionierungen gab. Dies zeigen Bekundungen hochrangiger Funktionäre, Einflussgewinne des nationalistischen »Flügel« ebenso wie Erklärungen ausgetretener Parteimitglieder im inhaltlichen Zusammenhang deutlich. Dafür stehen folgende Beobachtungen:

Frühere AfD-Gallionsfiguren sprechen von einer »NPD light« (Hans Olaf Henkel) oder einer »völkischen Prägung« (Bernd Lucke). Andere Aussteiger berichten über das Innenleben der Partei, das von öffentlich ansonsten nicht geäußerten Haltungen und Positionen geprägt sei. Grußformen wie »Heil Höcke« kursieren wohl in der Jugendorganisation, wie Berichte aus deren Innenleben verdeutlichen (zuletzt von Nicola Bodaghi und Alexander Leschik). Aus der AfD traten eben nicht eindeutig extremistische Akteure, sondern gemäßigt konservative Mitglieder aus. Und auf dem letzten Bundesparteitag konnten sich wie bei der »Dexit«-Frage die »Flügel«-Repräsentanten bei bedeutsamen Voten durchsetzen. Zwar gibt es einen parteiinternen Konflikt um die inhaltliche Richtung, der von angeblich Gemäßigten (wie Jörg Meuthen) und ausgeprägten Nationalisten (wie Björn Höcke) geführt wird. Indessen handelte es sich eher um strategische Differenzen, denn um grundsätzliche Unterschiede. Denn die Erstgenannten kooperierten lange problemlos mit den Letztgenannten.

> »Anfänglich bestand in der AfD eine rechtsdemokratische Mehrheit mit einer rechtsextremistischen Minderheit, heute existiert dort eine rechtsextremistische Mehrheit mit einer rechtsdemokratischen Minderheit.«

Es lohnt auch der aufmerksame Blick auf öffentliche Statements, die von bedeutenden AfD-Funktionsträgern eben nicht nur in internen Kontexten vorgetragen wurden. Bei den gemeinten Aussagen ist eine besondere Botschaft mit spezifischer Wortwahl interessant. Am Abend der Bundestagswahl 2017 äußerte beispielsweise Alexander Gauland: »Wir werden sie jagen. Werden Frau Merkel oder wen auch immer jagen und wir werden uns unser Land und unser Volk zurückholen.« Bekanntlich jagt man etwas, um es zu erlegen – zumindest im üblichen Sprachgebrauch. Eine gewählte Bundeskanzlerin wird von einer parlamentarischen Oppositionspartei kontrolliert und kritisiert. Dies wären die passenden Formulierungen für die postulierte Praxis gewesen. Gauland formulierte vor laufenden Kameras aber bewusst anders. Ihm soll hier keine Gewaltaffinität unterstellt werden, aber durchaus eine eskalierende Polarisierungsabsicht.

Banner der Identitären Bewegung auf einer Demonstration der AfD im oberbayerischen Geretsried. Die IB wird in Deutschland vom Verfassungsschutz als klar rechtsextremistisch eingestuft.

Sie ging noch dazu mit einer Anmaßung einher, denn der AfD gehörten – mit knapp 13 Prozent der Stimmen – weder das Land noch das Volk.

Auch in Bundestagsreden schürte man fremdenfeindliche Ressentiments, was ein Statement von 2018 von Alice Weidel veranschaulicht: »Doch ich kann Ihnen sagen: Burkas, Kopftuchmädchen und alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse werden unseren Wohlstand, das Wirtschaftswachstum und vor allem den Sozialstaat nicht sichern.« Eine solche Aussage hat nichts mehr mit einer differenzierten Kritik an der Migration zu tun. Hier wurden erkennbar gegenüber Flüchtlingen herabwürdigende Verallgemeinerungen vorgenommen. Die genutzte Formulierung »Messermänner« macht sie gar alle zu potentiellen Mördern. Beide Aussagen erfolgten übrigens nicht aus einer zufälligen Situation heraus. Denn die Gelegenheiten waren den Rednern vorher bekannt und insofern wählten sie ihre Worte offenkundig bewusst. Es kann sogar von einer beliebten Kommunikationsform der Partei gesprochen werden: Durch solche Formulierungen provoziert man, kommt daran inhaltliche Kritik auf, ist von Missverständnissen und Opferstatus die Rede.

Und Björn Höcke äußerte 2017 in einer öffentlichen Rede: »Und diese dämliche Bewältigungspolitik, die lähmt uns heute noch viel mehr als zu Franz Josef Strauß' Zeiten. Wir brauchen nichts anderes als eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad.« Die Anspielung auf die »dämliche Bewältigungspolitik« spielt auf die kritische Erinnerung an die NS-Herrschaft mit all ihren Verbrechen an. Hier stellt sich aber die Frage, warum diese »lähmt«? Was soll ohne das kritische Gedenken daran denn eine politische Handlungsoption sein? Auch das Bild von der »180 Grad«-Wende ist interessant. Bekanntlich bedeutet eine solche Entwicklung – mathematisch verstanden – das genaue Gegenteil zum Vorherigen. Das wäre dann eine »Bejubelungspolitik« statt einer »Bewältigungspolitik«. Die Formulierung kann schwerlich anders gedeutet werden, hätten doch ansonsten andere Worte genutzt werden müssen. Blickt man übrigens auf die Aufzeichnung der Rede, so zeigt sich: Hier wurde ein zuvor geschriebener Text lediglich als schlichte Vorlesung präsentiert.

Foto Banner: Wikimedia Commons/Metropolico.org (cc-by-sa-2.0); Foto Traughber: Privat

Insofern handelte es sich weder hier um Ausrutscher noch in anderen Fällen. Die AfD-Politiker arbeiten mit rhetorischen Effekten, um solche inhaltlichen Botschaften und ressentimentgeladene Stimmungen zu vermitteln. Dafür gibt es zahlreiche Beispiele, die aus unterschiedlichen Entwicklungsphasen und von verschiedenen Sprechern stammen. Die konkreten Aussagen laufen nicht nur auf rechtsextremistische Positionen hinaus, sie stehen auch für eine hetzerische Polarisierung. Darüber hinaus prägt häufig schlechtes Benehmen die öffentliche Präsenz von deren politischen Sympathisanten. Dies macht aus der AfD in der Gesamtschau seit 2018 eine rechtsextremistische Partei. Die Entwicklung dorthin wollten frühere Funktionsträger (Bernd Lucke, Frauke Petry) stoppen, wobei sie aber mit ihrem Anliegen scheiterten und heute auch keine Mitglieder mehr sind. Gerade diese Feststellung belegt die vorgetragene Position. Denn für die Austritte dieser wie weniger bekannter früherer Parteiangehöriger wurde immer wieder auf den dortigen »Rechtsruck« verwiesen.

Öffentlich bemüht sich die AfD demgegenüber um ein Bild, das sie als bürgerliche, konservative und seriöse Partei erscheinen lässt. Es gibt auch Abgeordnete und Funktionsträger in ihren Reihen, welche einer solchen Vorstellung entsprechen. Indessen bilden sie dort immer mehr nur ein Alibi für die anderen genannten Kräfte. Dafür gibt es unterschiedliche Gründe, die von erhofften persönlichen Karriereabsichten bis hin zu beschworenen letzten Perspektiven reichen. Scheitert die AfD als eine Partei rechts von der Union, dann dürfte die Etablierung einer solchen auch in der Zukunft schwer fallen. Darüber hinaus werden neue Perspektiven durch Wahlerfolge eröffnet. Es entstehen Berufsmöglichkeiten durch die Parlamentsfraktionen, eine parteinahe Stiftung kann akademische Sympathisanten fördern. Und all diese Gesichtspunkte in der Kombination miteinander dürften letztendlich aus Opportunismus die Partei zusammenhalten. Und sie kann auch längerfristig mit kontinuierlichen Erfolgen bei Wahlen rechnen.

Dafür spricht einerseits, dass sie in allen bedeutsamen Parlamenten sitzt, und andererseits, dass die Regierungspolitiken mitunter so etwas fördern. Es gilt aber auch den Eindruck zu korrigieren, es handele sich lediglich um eine Protestwahl. Der Blick auf die Ergebnisse der empirischen Sozialforschung verdeutlicht, dass in der Bevölkerung nach wie vor ein bedeutsames rechtsextremistisches Einstellungspotential besteht. Statt dafür allgemeine Daten zu präsentieren, seien hier konkrete Zustimmungswerte genannt. Auch 2021 meinten (Summe von »stimme überwiegend zu« und »stimme voll und ganz zu«, in Klammern »teils/teils«, also keine dezidierte Ablehnung): »Was Deutschland jetzt braucht ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert«: 18,4 Prozent (16,4 Prozent) , »Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert«: 7,4 Prozent (8,2 Prozent) oder »Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen«: 4,3 Prozent (12,3 Prozent). Die AfD wird von diesem Potential bevorzugt gewählt.

> »Öffentlich bemüht sich die AfD um ein Bild, das sie als bürgerliche, konservative und seriöse Partei erscheinen lässt.«

Literatur:

Bauer, Katja/Fiedler, Maria: Die Methode AfD. Der Kampf der Rechten: im Parlament, auf der Straße und gegen sich selbst, Stuttgart 2021.

Kraske, Michael: Tatworte. Denn AfD & Co meinen, was sie sagen, Berlin 2021.

Pfahl-Traughber, Armin: Die AfD und der Rechtsextremismus. Eine Analyse aus politikwissenschaftlicher Sicht, Wiesbaden 2019.

Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, Bonn 2021.

Armin Pfahl-Traughber, Politikwissenschaftler und Soziologe, ist hauptamtlich Lehrender an der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Brühl und gibt ebendort das »Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung« heraus. Zu seinen letzten Buchveröffentlichungen zählt auch: »Rechtsextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme«, Wiesbaden 2019.

Bürgerräte
»Eine besonders demokratische Form der Politikberatung«

Das Interview führte Lydia Skrabania

Seit einigen Jahren werden in vielen Ländern weltweit losbasierte Bürgerräte durchgeführt. In Deutschland fand 2019 mit dem *Bürgerrat Demokratie* zum ersten Mal bundesweit ein solches Verfahren der Bürger*innenbeteiligung statt. Im Sommer vor der Bundestagswahl 2021 wurde der *Bürgerrat Klima* durchgeführt, um der neuen Regierung konkrete Empfehlungen und Maßnahmen zur Erreichung der Pariser Klimaschutzziele an die Hand zu geben. Mit **Dr. Percy Vogel,** dem Vorstand des Trägervereins des *Bürgerrat Klima*, haben wir über die Stärken des Beteiligungsverfahrens, aber auch seine Grenzen gesprochen – und darüber, weshalb Bürgerräte besonders humanistisch und im Sinne der Aufklärung sind.

Percy, fangen wir mal ganz vorn an: Was ist überhaupt ein Bürgerrat?

Ein Bürgerrat ist ein Bürgerbeteiligungsverfahren. Aus der Sicht der Politik kann man aber auch sagen: Er ist eine Möglichkeit für die Politik, sich Beratung aus der Gesellschaft zu holen. Das Besondere beim Bürgerrat ist, dass er auf Zufallsauswahl basiert, das heißt, hier werden tatsächlich Bürgerinnen und Bürger aus der betroffenen Gesamtmenge, also etwa bundesweit, ausgelost und eingeladen, sich zu beteiligen. Zunächst gibt es ein paar Tausend Interessierte, dann ein paar Hundert, die wirklich bereit sind, die Aufgabe anzunehmen. Und aus diesen werden dann per sogenanntem stratifiziertem Losverfahren die Teilnehmenden für den Bürgerrat bestimmt. Dies geschieht wieder per Losverfahren, aber unter vorgegebenen Kriterien. Ziel ist ein Bürgerrat, der in seinen demographischen Merkmalen weitgehend der Bevölkerung entspricht, also hinsichtlich Geschlechter- und Altersverteilung, Bildungsgrad, Wohnortgröße, Stadt und Land – und man dadurch eine Art »Minigesellschaft« erhält. Das ist das angestrebte Ziel – das natürlich nicht perfekt erreicht werden kann, aber Bürgerräte sind demographisch weit repräsentativer als die Parlamente oder Regierungskommissionen.

Dr. Percy Vogel

Dr. Percy Vogel (*1966) ist Diplom-Biologe und promovierte in Psychologie. Er ist Gründungsvorstand des gemeinnützigen Vereins *Bürgerbegehren Klimaschutz*, der die Trägerschaft für den *Bürgerrat Klima* übernommen hat.

Bürgerrat Klima

Der *Bürgerrat Klima* tagte von April bis Juni 2021 unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident a. D. Horst Köhler. Das wissenschaftliche Kuratorium zur inhaltlichen Beratung der Teilnehmenden wurde geleitet von Prof. Dr. Ortwin Renn, dem wissenschaftlichen Direktor am Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS). Durchgeführt wurde der Bürgerrat von den Beteiligungsinstituten IFOK, Nexus und IPG, seine Finanzierung erfolgte durch Stiftungsförderungen und Spenden. Der Humanistische Verband Deutschlands gehört zum Unterstützungskreis des *Bürgerrat Klima.*

Bürgerräte sind ja ein recht neues Instrument. Warum brauchen wir sie? Reichen unsere bisherigen Instrumente zur Beteiligung nicht aus?

Wir beobachten, dass die Politik immer wieder Beratung anfragt, wenn die internen Mechanismen nicht mehr ausreichen, wenn es um gesamtgesellschaftliche, komplexe Fragen geht und man niemanden übergehen möchte. Und genau für solche Fragen sind Bürgerräte besonders gut geeignet, denn dann sind die Ansprüche an Repräsentativität und Inklusivität besonders hoch, denn es geht ja um viel und man möchte ein komplexes Problem möglichst von vielen Seiten betrachtet wissen.

Bürgerräte sind insofern eine besonders demokratische Form der Politikberatung, von dem die Bundespolitik bei schwierigen Themen öfter Gebrauch machen sollte. Denn die Menschen, die dort zusammenkommen, die haben keinen besonderen Interessenhintergrund. Sie sind nicht verbandelt mit Lobbyverbänden, sondern sie kommen im Bürgerrat als Einzelpersonen zusammen und versuchen ernsthaft, das ihnen anvertraute Problem zu lösen – näher orientiert am Gemeinwohl.

Wie läuft ein Bürgerrat ab? Kannst du das am Beispiel des Bürgerrat Klima skizzieren?

Mit dem beschriebenen Losverfahren wurden 160 Teilnehmende bestimmt. In der Vorbereitungsphase wurde die Fragestellung präzisiert und in Zusammenarbeit mit dem wissenschaftlichen Kuratorium in ein Programm umgesetzt.

Foto Screenshot: BRK; Foto Vogel: Janine Escher

Der Bürgerrat Klima wurde unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident a. D. Horst Köhler durchgeführt. Die zufällig gelosten 160 Teilnehmenden repräsentierten Deutschland wie eine »Mini-Gesellschaft«.

Auch die Parteien und die Zivilgesellschaft waren daran beteiligt. So identifizierte man die Themenbereiche Mobilität, Energieerzeugung, Wohnen und Wärme sowie einen Teil der Landwirtschaft, nämlich die Produktion tierischer Lebensmittel. Diese Bereiche wurden ausgewählt, weil sie am meisten Treibhausgaseinsparungen ermöglichen und auch die Alltagswelt der Teilnehmenden betreffen. Entsprechend wurde der *Bürgerrat Klima* in vier Themengruppen à 40 Leute unterteilt. Diese Themengruppen haben von Fachleuten und Expert*innen aus der Wissenschaft informative Inputs bekommen. In sogenannten Tischgruppen von acht Leuten wurde dann auf Grundlage dieser Inputs diskutiert, welche Maßnahmen daraus folgen können. Die Ergebnisse wurden anschließend zunächst auf Ebene der Themengruppen wieder zusammengeführt. Und am Schluss, in der letzten Sitzung, wurde insgesamt über alle erarbeiteten Empfehlungen im Bürgerrat abgestimmt.

Die Teilnehmenden des Bürgerrat Klima haben sehr konkrete, sehr ambitionierte Klimaschutz-Empfehlungen erarbeitet, zum Beispiel ein Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen oder eine realistische Bepreisung klimaschädlicher Nahrungsmittel. Das sind ja Maßnahmen, die weniger auf Individualinteressen einzahlen, sondern vor allem im Sinne des Gemeinwohls sind. Wie kommt es zu dieser Gemeinwohlorientierung?

Zunächst einmal gab es ja eine konkrete Fragestellung, die an der politischen Realität anknüpft, nämlich: Durch welche Maßnahmen kann das Pariser Klimaschutzabkommen umgesetzt werden? In den ersten Sitzungen wurde das Bewusstsein für die Ernsthaftigkeit der Klimakrise bei den Teilnehmenden auf ein gemeinsames Niveau gebracht und damit eine Ausgangsbasis für ambitionierte Klimaschutzmaßnahmen geschaffen. Und es spielt eine wichtige Rolle, dass die Menschen wissen, dass sie zufallsausgewählt sind, dass sie Deutschland repräsentieren, dass sie alle aus ihren jeweiligen Lebensumständen heraustreten und hineintreten in diese neu zusammengesetzte Gemeinschaft. Und sie tun dies von vornherein mit einer hohen Kooperationsbereitschaft. Das sind sehr gute Voraussetzungen, die eigene Perspektive zu erweitern und Eigeninteressen mit den Eigeninteressen anderer Menschen abzugleichen und darüber zu einem Gemeinwohlinteresse zu finden. Wenn Konflikte auftraten, spielte die Moderation auch eine wichtige Rolle. Das ist ein weiterer wichtiger Aspekt für Bürgerräte: dass ein Rahmen gegeben wird, innerhalb dessen diskutiert wird und der auch sicherstellt, dass die Diskussion zielführend ist. All das wirkt zusammen.

Der erarbeitete Maßnahmenkatalog hat allerdings nur eine beratende Funktion, er ist nicht verbindlich. Die Politik könnte das Ganze einfach ignorieren. Wo können hier also tatsächlich politische Veränderungen angestoßen werden und wo liegen die Grenzen?

Wir haben von Anfang an den Bürgerrat Klima als ein Angebot an die Politik verstanden, mehr Rückhalt aus der Bevölkerung für eine ambitionierte Klimapolitik zu bekommen, also die Schwelle für eine ambitionierte Klimapolitik herabzusetzen. Ob das Angebot angenommen wird, hängt allein von der Bereitschaft der Politik ab. So wird das übrigens auch bei zukünftigen Bürgerräten sein, selbst wenn sie vom Bundestag beauftragt sind. Für den *Bürgerrat Klima* haben wir viele positive Rückmeldungen aus der Politik erhalten und im Koalitionsvertrag finden sich viele Übereinstimmungen mit dem Bürgergutachten. Eine offizielle Rückmeldung des neuen Bundestages und der Regierung steht allerdings noch aus. Wichtig ist natürlich auch, dass die Gesamtbevölkerung den losbasierten *Bürgerrat Klima* als positiven Beitrag sieht. Die Ergebnisse einer Umfrage dazu sind sehr ermutigend.

Du sagtest, Bürgerräte seien ein besonders demokratisches Beratungsgremium. Inwiefern?

In Bürgerräten realisiert sich das, was wir uns eigentlich von unseren Parlamenten erhoffen, nämlich dass die Bevölkerung auch demografisch und lebensweltlich repräsentiert ist, dass die Diskussion sachbezogen ist, dass man einander ein großes Vertrauen entgegenbringt und dass es diese Gemeinwohlorientierung gibt. Wenn man in einem Beratungsgremium jedoch nur Fachleute, Interessenvertreter*innen und Akademiker*innen zusammenbringt, kann es passieren, dass es sich von der Gesamtgesellschaft zu sehr ablöst. Das Verfahren bei Bürgerräten stellt von vornherein sicher, dass das nicht passiert; und es ist sehr inklusiv, weil es einerseits alle in politische Gestaltung miteinbezieht und trotzdem anerkennen kann, dass es stärkere und schwächere Menschen geben kann, die sich dann innerhalb dieses Bürgerratsverfahrens gegenseitig unterstützen, einander mit Respekt und auf Augenhöhe begegnen und zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen. Das ist es, was ich daran auch als sehr humanistisch empfinde. Es wird den Menschen angeboten und zugetraut, dass sie über diese komplexen Sachverhalte nachdenken können. Und es wird ihnen dann auch dabei geholfen, diese Aufgabe anzunehmen und zu erfüllen. Das sehe ich auch im Sinne der Aufklärung: dass einerseits durch die Inputs der Wissenschaft die Faktenlage objektiv dargestellt wird und andererseits durch die unterschiedlichen daran beteiligten Menschen auch die ethischen Fragen, die Wertefragen zur Diskussion kommen. Das heißt, Sachbezogenes, das Sein, und Werteorientiertes, das Sollen, werden hier erst gegenübergestellt, dann zusammengebracht, aufeinander abgestimmt. Und zwar direkt und nicht eingeschränkt durch zu starke Parteiinteressen oder Parteiidentitätsinteressen.

Danke für das Interview!

Foto Teilnehmende: Robert Boden; Foto Köhler: Robert Boden; Foto Gruppe: Manoel Eisenbacher

Über die Rolle der Toleranz in der Demokratie

Von Jan Christian Petersen

Wenn es um das friedliche Zusammenleben in unserer Demokratie geht, wird schnell die Toleranz beschworen. Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sind dabei in besonderer Weise gefordert. Doch was ist das eigentlich, Toleranz? Und wie wird sie verantwortungsvoll gelebt?

Foto Balkone: Flickr Creative Commons/Matt Wiebe (CC BY 2.0)

In einem demokratischen Staat, in dem Bürgerinnen und Bürger selbstbestimmt leben, spielt die Toleranz eine besondere Rolle. Schließlich streben wir alle danach, uns frei zu entfalten. Doch unsere eigene Freiheit hat ihre Grenzen dort, wo sie die Freiheit der anderen berührt. Nehmen wir als Beispiel eine Hausgemeinschaft. Einzelne Mietparteien, Eigentümer und Vermieter haben unterschiedliche Interessen. Kommt es zu Kollisionen und Überschneidungen, entsteht *erzwungenermaßen* ein geteilter neuer Raum, den es mittels Toleranz *als gemeinsamen Handlungsraum* einzurichten gilt, und zwar um das Ziel des Friedens willen.

In diesem Zusammenhang ist dann auch schnell von einer *Toleranzschwelle* die Rede, die bei dem Einen schneller überschritten ist als bei anderen. Sie ist abhängig von den eigenen Gewohnheiten und Launen, die in einem zwangsweise geteilten Raum von einer negativen Befindlichkeit bedrückt werden. Gemeint ist Ablehnung. Sie zu zähmen ist Aufgabe der Toleranz, was trotz empfundener Ablehnung mit dem Aufbringen von Respekt gelänge. Dazu bedürfe es einer »Anerkennung als andersartige Gleiche«, wie es Prof. Bernd Simon vorschlägt, der als Sozialpsychologe an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel zum Thema Toleranz forscht.

Doch im alltäglichen Umgang miteinander werden wir oft von den eigenen Befindlichkeiten gelenkt. Unsere Toleranz ist dann eine Form von Willkür. Erst in Bezug auf entsprechende Leitsätze tritt eine Prüfinstanz hinzu, die das eigene Toleranzverständnis aus dem Bereich des persönlichen Empfindens heraushebt. Ein solcher Satz muss fragen, was es denn eigentlich am anderen Menschen unbedingt zu respektieren gilt.

Ähnlich wie die Kieler Forschungsgruppe, die Toleranz über eine »Anerkennung als andersartige Gleiche« definiert, formuliert es unser Grundgesetz. Es schreibt fest, dass niemand bevorzugt oder benachteiligt werden darf wegen »seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen.« Ein solcher Leitsatz ist Ausdruck einer *kategorischen Toleranz.* Sie bezieht sich auf die individuellen Erscheinungsformen des gemeinsamen Nenners allen Menschseins. Das ist es, wovor es unbedingten Respekt zu haben gilt. Die Toleranzschwelle wird damit objektiv greifbar. Sie gelangt aus dem Bereich der Willkür ein Stück weit in den Raum rechtsstaatlicher Ordnung und wird dadurch auch erst zu einem brauchbaren Instrument, beispielsweise wenn es um den Schutz von Minderheiten geht.

> »Humanismus ist eine demokratische Lebensform, die sich über den Austausch von Gründen entfaltet.«

Wer nach gegenseitigem Respekt und Achtung strebt, bewegt sich immer einen Schritt nach oben hin zu einer höheren Gruppenzugehörigkeit

Wir alle kennen das: In der Wohnung nebenan wird zu laut Musik gehört. Die Familie von oben parkt ihren Kinderwagen im Erdgeschoss, wo er die Briefkästen blockiert. Oder wir haben einen Nachbarn, der zur Unzeit seinen Rasen mäht. All das sind Fälle, bei denen unterschiedliche Interessen miteinander kollidieren. Jetzt kann ich Toleranz nach Gutdünken üben. Empfinde ich meine Toleranzschwelle dennoch als überschritten, wird es Zeit, den Verursacher zu stellen. Die Form, die einer gemeinsam geteilten demokratischen Lebensform dabei am besten zu Gesicht steht, ist *der Austausch* von Gründen, die sich auf jene Regeln beziehen, mit denen wir unser Zusammenleben ordnen und gestalten. In Ansehung der oben genannten Beispiele sind dies Hausordnungen und gesetzliche Ruhezeiten.

Doch machen wir uns nichts vor. Wir alle nehmen uns die Freiheit heraus, von Zeit zu Zeit gegen die Regeln des Zusammenlebens zu verstoßen. Wir tun es, weil wir uns in dem Augenblick nicht jener Gruppe zugehörig fühlen, der wir als Handlungsgemeinschaft eben auch angehören. Stattdessen sehen wir uns selbst im Mittelpunkt oder die Interessen unserer Familie, die mit uns eine Wohnung teilt. Deshalb haben wir weniger Respekt vor anderen, die sich außerhalb unseres eigenen kleinen Zirkels bewegen. Toleranz zu üben, bedeutet daher, eine gemeinsame höhere Gruppenzugehörigkeit zu pflegen.

Die Zeugen Jehovas sind eine Verkündigungsreligion: Die Personen, die sich aktiv an der Missionierungstätigkeit beteiligen, werden als „Verkündiger" bezeichnet. Hier zu sehen: der Jahreskongress der Zeugen Jehovas 2018 in Krakau.

Bezogen auf die oben genannten Beispiele ist das die Hausgemeinschaft. Erst dann erlangen wir Respekt *auf Augenhöhe,* der uns für echte Argumente überhaupt erst empfänglich macht.

Das ist die aktive Haltung, die es im Umgang mit anderen einzunehmen gilt. Dabei stehen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften vor einer besonderen Herausforderung und sich oftmals eben nicht als andersartige Gleiche gegenüber. Das wird deutlich, wenn man vergleicht, wie Sprache im Humanismus und in den Verkündigungsreligionen gebraucht wird.

Qualifikation zur Demokratie bedeutet Qualifikation im Sprachgebrauch zu fördern

Humanismus ist eine demokratische Lebensform, die sich über den Austausch von Gründen entfaltet. Die Sprache hat hier zum Ziel, unsere Freiheit mit Rücksicht auf ein fühl- und messbares Leid zu organisieren, das oftmals erst durch den Gebrauch unserer Freiheiten entsteht.

Die Verkündigungsreligionen unseres Kulturraums sind anders. Sie sind ihrem Wesen nach autoritär. Sprache wird hier gebraucht, um Handlungen *letztinstanzlich* nicht durch Beweggründe und ihre Folgen zu bemessen, sondern durch geoffenbarte Verkündigungen zu rechtfertigen. Das gelangt in »Gott sagt …!« zum Ausdruck. Hier ist der Bezugspunkt nicht eine objektiv wachsende Erkenntnis, die das Überwinden von Irrtümern einschließt, sondern die eigenen Vorstellungen und Neigungen, die im Göttlichen gespiegelt und verstärkt werden, um sie auch wider besseres Wissen und gegen ethische Grundsätze mit Absolutheit auszustatten und durchzusetzen. So lassen sich eben auch unmenschliche Handlungen legitimieren. Kein Land weltweit, in dem das Staats- und Rechtswesen von den Vorstellungen einer religiösen Gruppe (meist Männer) dominiert wird, ist eine Demokratie, in der anderen Gruppen und insbesondere Frauen dieselben Rechte zugebilligt werden. Das hängt direkt mit dem buchstäblich *fundamental* anderen Gebrauch von Sprache zusammen, der insbesondere für die Verkündigungsreligionen charakteristisch ist. Religiöse Vorbilder und religiöse Sprache qualifizieren nicht für den demokratischen Diskurs.

Doch dagegen wehrt sich unsere Demokratie, die mit ihren Begründungsmustern eben doch alle Weltanschauungen und Religionen zu tolerieren vermag, indem sie jenen Sprachgebrauch, der sich an nachvollziehbaren Beweggründen orientiert, zumindest *im öffentlichen Diskurs* einfordert. Erst so wird Respekt unter andersartigen Gleichen möglich und das Kultivieren eines wahrlich friedensstiftenden Bewusstseins, das im Grundgesetz mit seinem Bekenntnis zu den Menschenrechten verankert ist. Es leitet uns an, die Mannigfaltigkeit der individuellen Erscheinungsformen *eines gemeinsamen Menschseins* zu respektieren. Auf dieser Basis gilt es, die tatsächlich höchste Gruppenzugehörigkeit (unseren Nationalstaat) zu formen, in dem wir den Wunsch nach eigener Freiheit auch allen anderen zubilligen. Ziel ist das gemeinsame Handeln.

Die Verwirklichung dessen erfolgt in unserer Demokratie über den Austausch vernünftiger Gründe dort, wo wir das Zusammenleben angesichts normativer Regeln als gestaltbar ansehen. Die Basis dafür entsteht durch gegenseitigen Respekt, der einer soziokulturellen Pflege bedarf und im Streben nach einer gemeinsamen höheren Gruppenzugehörigkeit entsteht. In Ansehung von Leitsätzen wird die Toleranz der eigenen Willkür enthoben und zu einem stabilisierenden Akt im Gemeinwesen. Echte Toleranz zeichnet sich dann dadurch aus, dass sie Ablehnung mit Respekt überwindet, indem sie eine gemeinsame, und zwar höhere Gruppenidentität mit dem Ziel des gemeinsamen Handelns um des Friedens willen aufbaut und zu erhalten sucht.

Jan-Christian Petersen ist aktivistischer Schriftsteller. Mehr Informationen zu seiner Arbeit sind unter www.j-c-p.eu zu finden. Er ist Mitbegründer der Humanistischen Initiative Schleswig-Holstein (www.humini.de).

Foto Convention: Wikimedia Commons/Qrdz (CC BY-SA 4.0); Foto Petersen: privat

Junge Stimmen: »Politik muss schneller und leichter nachvollziehbar werden«

Zusammengestellt von Anna Ranneberg und Lydia Skrabania

Wie informieren sich junge Menschen zum politischen Geschehen? Wie fühlen Sie sich von der Politik vertreten? Welche Probleme werden ihrer Ansicht nach zu wenig angegangen? Welche Teilhabe- und Mitgestaltungsmöglichkeiten

Lena Heinisch (20) aus Königs Wusterhausen/Berlin

Wenn es darum geht, mich politisch zu informieren, könnte man sagen, dass ich das 21. Jahrhundert noch nicht erreicht habe. Am liebsten gucke ich Tagesschau und lese Zeitung. Seit neustem höre ich am Morgen auch gerne Podcasts und über aktuelle politische Geschehnisse halten mich meine Nachrichten-Apps auf dem Laufenden. Momentan habe ich dabei immer öfter das Gefühl, politisch nicht gut vertreten zu sein. Zu viel Zeit wird für Machtfragen verschwendet, zu viele Ziele durch Lobbyarbeit nicht erreicht. Ich hoffe, dass künftige politische Entscheidungsträger:innen auf europäischer und nationaler Ebene den großen Aufgaben unserer Zeit – wie Klimaschutz oder Digitalisierung – ambitioniert entgegentreten. Doch wirklich vertreten werden wir uns wahrscheinlich erst fühlen, wenn die demokratisch legitimierten Repräsentant:innen auch anfangen, unsere Gesellschaft widerzuspiegeln. Das bedeutet: mehr Frauen, mehr PoC und mehr junge Menschen in den Parlamenten.

Bennett Fischer (18) aus Eichwalde

Über das politische Geschehen informiere ich mich vor allem im Netz und auch durch die Nachrichten-Podcasts von Tageschau und dem RBB. Aber von der momentanen Politik fühle ich mich nicht wirklich vertreten. Themen, die hier besonders auffallen, sind die Klima- und Bildungspolitik, da zum Beispiel das Abitur in Brandenburg bedeutend weniger wert ist als das in Bayern, oder dass der Kohleausstieg immer weiter nach hinten verschoben werden soll. Die Unterschiede zwischen den Schulabschlüssen in den verschiedenen Bundesländern sollten minimiert werden oder am besten gar nicht mehr vorhanden sein und für jede Person sollten die gleiche Chancen bestehen, alle Schulen besuchen zu können. Außerdem sollte sich in der Klimapolitik einiges tun. Der Kohleausstieg sollte schnellstmöglich vonstattengehen und eine Klimaneutralität so schnell wie möglich erreicht werden. Einer der wichtigsten Aspekte, um politische Teilhabe bei jüngeren Generationen zu erhöhen, ist meiner Meinung nach das Herabsetzen des Wahlalters auf 16 für alle Wahlen in Deutschland, um zum einen das Interesse für Politik eventuell früher hervorzurufen und der Jugend allgemein früher eine Stimme zu geben. Ich selbst beteilige mich am politischen Geschehen unter anderem durch Demos, das Kinder- und Jugendparlament in meinem Heimatort und über verschiedene Podiumsdiskussionen.

Joris (18) aus Hessen

Ich informiere mich vor allem über die Tagesschau-App. Von der Politik fühle ich mich im Moment ganz okay vertreten, finde aber, dass Umweltschutz noch zu wenig thematisiert wird. Der Kohleausstieg sollte unbedingt beschleunigt werden. Ich finde, dass die aktuellen Möglichkeiten zur politischen Teilhabe bzw. Mitgestaltung ziemlich gut sind. Ich gehe wählen und vertraue darauf, dass die von mir gewählte Partei Person meine Meinung vertritt.

Niklas (14) aus Hessen

Ich informiere mich sehr wenig zum Thema Politik. An Demos oder so nehme ich nicht teil und beschäftige mich auch sonst eher weniger mit Politik. Als jetzt die Wahlen waren, hatte ich mich ein bisschen informiert und sonst im PoWi-Unterricht. Von den politischen Entscheidungsträger*innen sollte dringend angegangen werden, dass manche Schulen schon auf dem modernsten Stand sind und andere zum Beispiel in manchen Räumen nicht mal ordentliche Tafeln haben. Mehr Mitgestaltung für junge Menschen? Durch das Herunterstufen des Wahlrechts auf 16 Jahre.

Foto Mikro: Unsplash/Jon Tyson; Porträts: Privat

Karl Weiland (18) aus Groß-Zimmern

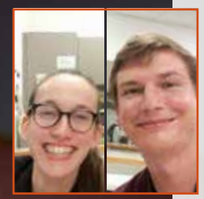
Zum aktuellen politischen Weltgeschehen informiere ich mich mit Hilfe des Internets und über soziale Medien (Instagram und YouTube). Ich fühle mich von der aktuellen Politik eigentlich ganz gut vertreten, weil ich denke, dass ich das nicht besser könnte. »Eigentlich« steht da, weil man zum Beispiel bei Corona gesehen hat, dass es noch Schwächen und Luft nach oben gibt. Ich finde, dass das Thema Umwelt in der Politik noch immer zu kurz kommt. Es steht zwar mittlerweile zur Debatte, aber für die eigentlichen Probleme gibt es noch immer keine Lösungswege. Schlimm ist zum Beispiel, dass Leute Politik machen, die von den Folgen des Klimawandels nichts mehr mitbekommen werden und dann leider häufig den Weg wählen, der günstiger ist, wodurch die Steuern geringer bleiben und die Wählerschaft glücklich, aber die Umwelt mehr geschädigt wird. Ich wünsche mir deswegen, dass in der politischen Mitgestaltung die Jugend mehr zu sagen hätte und auch mehr angehört werden würde. Ich selbst engagiere mich bei Fridays For Future und versuche mich so immer wieder auch politisch zu beteiligen.

Die Entwicklungen, welche unsere Gesellschaft konfrontieren, führen mehr oder weniger zum selben Problem: Ein Teil der Gesellschaft fühlt sich abgehängt, vernachlässigt oder isoliert. Ich wünsche mir, dass die Politik einen Diskurs findet, in dem vor großen Fragen nicht zurückgeschreckt wird und in dem die Sorgen aller Bevölkerungsteile berücksichtigt werden. Wie gestalten wir eine sozialgerechte Klimapolitik? Welche Visionen haben wir, wenn nun der Liberalismus an seine Grenzen stößt? Und wie können wir unsere Daten umfangreich schützen, um in den Augen der Tech-Giganten vom bloßen Datenspendenden wieder zum:zur Nutzer:in und Kund:in zu werden?

Einen Zugang zur politischen Teilhabe halte ich für grundlegend, um Lösungen für die politischen Probleme unserer Zeit zu finden und der Spaltung unserer Gesellschaft entgegenzuwirken. Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft müssen wieder einen gemeinsamen Diskurs führen, gemeinsame Ziele finden. Der Zugang zur politischen Teilhabe sollte daher erleichtert werden. Dazu darf Politik nicht abschreckend wirken. Es muss nicht immer gleich um die ganz großen Fragen gehen. Keine:r darf Angst haben, seine Meinung zu äußern. Es ist Aufgabe des Staates, die nötigen Räume und die nötige Unterstützung dafür zunächst auf kommunaler Ebene zu etablieren, beispielsweise durch einen Bürger:innen-Haushalt. Persönlich nehme ich besonders durch Parteiarbeit am politischen Diskurs teil. Ich engagiere mich in meinem Ortsverein, besonders an der Hochschulgruppe meiner Universität. Hier sitze ich ebenfalls im Studierendenparlament. Es gibt genug Möglichkeiten, sich politisch und gesellschaftlich zu engagieren, nur sind die Zugänge oft nicht leicht zu finden. Wenn man sie gefunden hat, ist es jedoch immer eine Bereicherung.

Kiara (15 Jahre) aus Hessen

Zum aktuellen politischen Geschehen informiere ich mich über das Internet. Von der aktuellen Politik fühle ich mich nicht wirklich vertreten, da die Leute, die dort etwas zu sagen haben, nicht auf die Interessen und Argumente der Jüngeren eingehen. Der Klimawandel sollte definitiv von politischen Entscheidungsträger:innen ernster genommen werden. Ich selbst gestalte politische Teilhabe über Petitionen und Demos. Für eine bessere politische Mitgestaltung wünsche ich mir, dass unsere Stimmen mehr angehört werden.



Mira (19) und Armin (25) aus Nürnberg

Wir informieren uns über die sozialen Medien und den ein oder anderen Fachartikel. Wichtig sind hierbei natürlich die öffentlich-rechtlichen Medien. Nach dem Wahlergebnis ist für uns deutlich geworden, dass die kommende Regierung nicht bestmöglich auf die Anforderungen junger Menschen reagieren können wird. Die Themenfelder soziale Gerechtigkeit, Klimakrise, Digitalisierung und europäische Außenpolitik werden die kommende Regierung vor Herausforderungen stellen und mutmaßlich nicht ausreichend vorangebracht werden. Eine zunehmende Verjüngung und Diversität der politischen Organe wäre äußerst wünschenswert. Wir selbst nutzen Möglichkeiten zu Mitgestaltung und Teilhabe, indem wir jede Demo mitnehmen. Und wir engagieren uns in diversen Vereinen wie zum Beispiel BundesJuHu (BuJuHu).

Martha Amenita Riester (21) aus Berlin

Ich informiere mich über Politik derzeit viel über das Radio. Gelegentlich gucke ich Nachrichten von ARD oder ZDF und darüber hinaus diskutiere und spreche ich oft mit Freunden und Bekannten über Politik, um mein Blickfeld zu erweitern. Von der bisherigen Politik, der GroKo, fühlte ich mich nur minimal vertreten. Als erstes ist ihnen anscheinend das Leben der jüngeren Generationen nicht sehr wichtig, was sich für mich aus ihrer Klima- und Zukunftspolitik ablesen lässt. Zum zweiten bin ich als Trans*Mensch ihnen nicht wichtig genug, um meine Rechte zu vertreten. So stimmte die GroKo gegen einen neuen Gesetzestext, der die Rechte von Trans*Menschen verbessern und ihnen auf ihrem Weg der Transition helfen sollte.

Das größte Problem, das ich derzeit sehe, ist der durch Menschen verursachte Klimawandel. Auch wenn dieses Thema immer weiter in den Mittelpunkt rückt, so ist es dennoch viel zu wenig beachtet von der bisherigen Regierung und es lässt sich nur hoffen, dass sich mit einer neuen Regierung einiges zum Positiven ändert. In diesem Punkt muss dringend ein radikaler Kurswechsel her, um noch etwas zu ändern.

Um die Teilhabe an Politik und Demokratie zu erhöhen, müsste, denke ich, einiges getan werden. Zum einen fühlen sich viele machtlos, wenn sie nur alle vier Jahre ihre Stimme abgeben können und sich dann ja doch kaum etwas verändert. Politik muss schneller und leichter nachvollziehbar werden. Für den größten Teil der Bevölkerung in Deutschland ist Politik nicht nachvollziehbar und so verlieren Menschen das Interesse daran. Zum anderen braucht es generell mehr Aufklärung und Wissen. Nur wer informiert ist, kann eine mündige, selbstbestimmte Entscheidung treffen, die nicht von (Rechts-)Populismus und Propaganda beeinflusst und manipuliert ist.

Ich persönlich engagiere mich bei den Jungen Humanistinnen (JuHu), um am politischen Geschehen teilzuhaben. Wir gehen zusammen auf Demos, engagieren uns in diversen Gremien und Bündnissen. Dort habe ich einen Raum, wo ich mit anderen weltoffenen und politischen jungen Menschen reden, diskutieren und mich austauschen kann, einen Raum zum Lernen und Lehren mit Gleichgesinnten. Bei den JuHus erlebe ich, wie Mitgestaltung, Selbstverwaltung, Selbstorganisation, Selbstermächtigung und auch Demokratie aussehen kann.

Foto Smartphone: Shutterstock/Wachiwit; Porträts: Privat

Mehr *globale* Demokratie wagen

Ein Gastbeitrag von Stefan Kalberer

Wir leben in einer globalisierten Welt mit globalen Herausforderungen. Die Klimakrise, die Bekämpfung von Krankheiten, Armut und Hunger oder die Bewältigung von Verteilungsungerechtigkeiten lebensnotwendiger Ressourcen – all dies kann nicht auf nationalstaatlicher Ebene gelöst werden. Doch wie könnte ein globales politisches Konzept hierzu aussehen? **Stefan Kalberer**, Präsident von *Democracy Without Borders Schweiz*, plädiert für ein Weltparlament.

Am 5. Juni 2021 verkündete der britische Finanzmister Rishi Sunak stolz den Durchbruch bei Verhandlungen zu einer globalen Mindeststeuer für Unternehmen. Die Vereinbarung hatten zuvor die Finanzminister*innen der sieben führenden westlichen Industriestaaten, der sogenannten G7, in jahrelangen Verhandlungen erarbeitet. Auch wenn der Weg bis zur Einführung einer globalen Mindeststeuer noch weit sein wird, entstand der Eindruck, sieben einflussreiche, westliche Politiker*innen hätten an diesem Juniabend den Steuersatz für Unternehmen auf 15 Prozent festgelegt. Und dies mit weltweiter Gültigkeit.

Immer mehr politische Fragen werden heutzutage bei solchen internationalen Treffen entschieden oder zumindest vorgespurt. Sei es im Bereich der Abrüstung, der Steuer-, Klima- oder der globalen Gesundheitspolitik. Es gibt fast kein Politikfeld mehr, das heute nicht international koordiniert wird.

Democracy Without Borders

Democracy Without Borders ist eine seit 2003 tätige internationale Nicht-Regierungsorganisation. Mit einer stetig anwachsenden Zahl nationaler Chapters ist *Democracy Without Borders* derzeit auf drei Kontinenten aktiv. Zusammen mit CIVICUS und *Democracy International* initiierte Democracy Without Borders 2021 die globale Koalition »We the Peoples«, welche von rund 200 zivilgesellschaftlichen Gruppen unterstützt wird und sich für eine UN-Parlamentarierversammlung und eine UN-Weltbürger*innen-Initiative einsetzt.

Mehr Informationen unter democracywithoutborders.org

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen tritt jährlich im September am UN-Hauptquartier in New York City zusammen.

Foto: UN; Wikimedia Commons/Spiff (CC BY-SA 3.0)

Die Herausforderungen der heutigen Zeit überschreiten denn auch vielfach die Handlungsfähigkeit der Nationalstaaten. In einer global vernetzten Welt lässt sich kein effektiver Klimaschutz in abgeschlossenen Nationalstaaten betreiben und auch wirtschaftliche Aktivitäten überschreiten häufig Ländergrenzen. So erstaunt es nicht, dass die Nationalstaaten bislang nicht fähig waren, die größten Probleme unserer Zeit effektiv anzugehen. Sei es bei der globalen Finanzpolitik, bei der Bekämpfung des Klimawandels oder aktuell bei der Eindämmung der Pandemie: Überall überschreitet das Ausmaß der Herausforderungen ihre Kompetenzen. Was fehlt, sind politische Prozesse, welche es ermöglichen, diese globalen Herausforderungen effektiv und demokratisch anzugehen. Das Vorpreschen der G7-Staaten bei einer globalen Mindeststeuer für Unternehmen oder die internationalen Abmachungen im Rahmen der UN-Klimakonferenzen veranschaulichen zwei Aspekte dieser Problematik deutlich. Zum einen werden bereits heute viele politisch relevante Entscheidungen von internationalen Gremien getroffen. Zum anderen fehlen diesen Regelungen oftmals sowohl die rechtliche Verbindlichkeit als auch die demokratische Legitimität.

Dies ist Ausdruck eines Ungleichgewichts zwischen politischen Institutionen und politischen Realitäten. Die politischen Institutionen und demokratischen Prozesse unserer Nationalstaaten sind vornehmlich für die Innenpolitik konzipiert. Viele Fragen der heutigen Zeit betreffen aber weder die klassische Außenpolitik, also die Beziehungen zwischen Staaten, noch sind sie klassische innenpolitische Themen. Vielmehr sind es Fragen einer Weltinnenpolitik; Herausforderungen folglich, die ein gemeinsames Handeln verlangen und die Welt als Gesamtes betreffen. Bei weltinnenpolitischen Themen sind die Nationalstaaten gegenseitige Partner, die vor einer gemeinsamen Herausforderung stehen und diese gemeinsam lösen müssen.

Eine globale Gemeinschaft braucht globale Spielregeln

Die zahlreichen Bemühungen, international tätige Unternehmen sowohl in steuerlichen als auch in haftungsrechtlichen Aspekten zu regulieren, zeigen die Schwierigkeiten des heutigen Systems auf. Die immer stärkere Verflechtung internationaler Konzerne drängt die Nationalstaaten dazu, internationale Regeln zu finden. Die Verhandlungen in den bestehenden internationalen Gremien werden jedoch von nationalstaatlichen Interessen dominiert. Die Teilnehmer*innen dieser Verhandlungen sind entweder selbst Teil einer nationalen Regierung oder haben von einer solchen ein klar definiertes Verhandlungsmandat erhalten. So stehen die Interessen der jeweiligen Regierungen im Vordergrund, während die weltinnenpolitische Sicht zu kurz kommt. Dies verhindert, dass griffige Lösungen gefunden werden können. Wegweisende politische Entscheidungen, wie das oben genannte Beispiel einer Mindeststeuer für Unternehmen, werden immer häufiger nicht von nationalen Parlamenten nach den festgeschriebenen demokratischen Prozessen erarbeitet, sondern durch zwischenstaatliche Vereinbarungen, beispielsweise der G7, vorgegeben. Dies führt zu den beschriebenen problematischen Lösungsvorschlägen in Bezug auf demokratische Legitimität und Durchsetzbarkeit. Die konkrete Umsetzung der Beschlüsse obliegt den einzelnen Nationalstaaten. Setzen einzelne Länder die Beschlüsse nicht um, unterhöhlt dies das gesamte System und effektive Spielregeln für Konzerne werden verunmöglicht. Daher braucht es einen ganzheitlichen, weltinnenpolitischen Ansatz.

Statt Herausforderungen gemeinsam anzugehen, errichten viele Staaten neue Mauern. Hier der Zaun zwischen den USA und Mexiko entlang des Pazifiks.

Lösungsansätze: Eine Weltbürger*innen-Initiative und ein Weltparlament

Wie aufgezeigt, beinhaltet das heutige System Fehlanreize und berücksichtigt die politischen Realitäten einer stark vernetzten Welt zu wenig. Es ist daher dringend notwendig, darüber nachzudenken, wie sich die politischen Institutionen der neuen Realität anpassen können. Wie oben beschrieben sind zwei Kernelemente dabei zentral: Erstens sollten weltinnenpolitische Themen auch als solche behandelt werden. Folglich müssen dabei die Interessen der Weltbevölkerung im Zentrum stehen. Zweitens müssen globale Abmachungen und Regeln auch verbindlich gelten. Es mangelt an Möglichkeiten, wie auch die Weltbevölkerung ihre Interessen bei globalen Fragen einbringen kann. Themen wie Klimawandel, globale Abrüstung und Terrorismusbekämpfung betreffen uns Menschen nicht bloß als Bürger*innen eines Nationalstaates, sondern vor allem als Bürger*innen und Bewohner*innen der Erde. Wenn in den bestehenden internationalen Gremien nur die Nationalstaaten durch ihre Regierungsvertretungen in die Entscheidungsprozesse involviert sind, bleibt diese Perspektive außen vor. Nur eine weltweite und demokratische Institution hätte zudem die Legitimität, global verbindliche Regelungen zu erlassen. Daher braucht es aus meiner Sicht ein demokratisch gewähltes Weltparlament.

Die Schaffung eines Weltparlaments wäre eine Möglichkeit, die globale Entscheidungsfindung bei weltinnenpolitischen Fragen demokratischer zu gestalten und dabei nicht bloß die nationalen Perspektiven mitzuberücksichtigen. Durch die direkte Wahl von Abgeordneten in ein Weltparlament würde dieses Parlament die Interessen der Weltbevölkerung vertreten können. Es hätte eine planetare Perspektive und wäre einzig den Interessen der Menschheit als Ganzes verpflichtet. Die Direktwahl für ein Weltparlament würde zudem das Bewusstsein für globale Zusammenhänge und Themen der Weltinnenpolitik stärken. Es wäre im heutigen globalen Regulierungssystem die notwendige Ergänzung zu Gremien multilateraler Kooperation und würde diese durch eine globale Perspektive stark vorantreiben und bereichern. Durch einen klugen Verteilschlüssel der Parlamentssitze könnte gewährleistet werden, dass sämtliche Weltregionen und Bevölkerungsgruppen angemessen vertreten sind. Als Vorbild dafür könnte die abgestufte Sitzverteilung im Europäischen Parlament dienen. Die Etablierung einer parlamentarischen Versammlung bei der UN stellt einen ersten pragmatischen Schritt dar. Die Idee einer solchen Versammlung wird unter anderem von über 1.500 Abgeordneten weltweit unterstützt.

Komplementär zur Schaffung eines Weltparlaments kann eine Weltbürger*innen-Initiative ein direktdemokratischen Instrument aller Weltbürger*innen sein. Über dieses Instrument hätte jede*r Weltbürger*in die Möglichkeit, ihre*seine Anliegen für das weltweite Zusammenleben effektiv einzubringen. Analog zur Europäischen Bürgerinitiative könnten mittels einer Weltbürger*innen-Initiative Vorschläge auf die Agenda der UN gesetzt werden. Dieses direktdemokratische Element auf globaler Ebene würde das individuelle Bewusstsein für globale Bürgerschaft und Verantwortung weiter stärken und die Weltpolitik bürgernäher werden lassen, denn eine solche Initiative würde es den Bürger*innen erlauben, sich aktiv in die Debatte globaler Fragen einzubringen. Politische Partizipation ist auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene eine Selbstverständlichkeit. Es ist an der Zeit, dies auch auf globaler Ebene zu verwirklichen.

Stefan Kalberer (*1995 in Chur, Schweiz) studierte European Global Studies am Europainstitut der Universität Basel mit Fokus auf Demokratie, Staatlichkeit und Menschenrechte. Seit dem Frühjahr 2021 ist er Präsident von *Democracy Without Borders Schweiz* und setzt sich dort für die Themen globale Demokratie und politische Partizipation ein.

Foto Grenze: Wikimedia Commons/Tony Webster (CC BY 2.0); Foto Kalberer: Privat

»Demokratieförderung kann auch im Kleinen wirken«

Das Interview führte Lydia Skrabania

Der HVD Nordbrandenburg ist Träger der externen Fach- und Koordinierungsstelle der Partnerschaft für Demokratie der Stadt Bernau und erste Anlaufstelle für die Förderung demokratiestärkender Projekte. Mit **Johanna Seeger** vom HVD Nordbrandenburg haben wir über die Wichtigkeit der lokalen Demokratiestärkung gesprochen.

Johanna Seeger

Johanna Seeger (*1988) absolvierte eine Ausbildung zur Erzieherin und studierte angewandte Politikwissenschaften sowie Osteuropastudien mit dem Schwerpunkt Politik. Sie ist erste Ansprechperson der Fach- und Koordinierungsstelle und verantwortlich für die Projektkoordination der *Partnerschaft für Demokratie Bernau.*

Johanna, was genau sind eure Aufgaben in der Fach- und Koordinierungsstelle der Partnerschaft für Demokratie in Bernau?

Die Aufgaben der Fach- und Koordinierungsstelle, kurz KuF, reichen von der Antragsberatung für eine finanzielle Förderung bis zur Umsetzung der jährlichen Demokratiekonferenz. Darüber hinaus spielt Vernetzung eine entscheidende Rolle. Als erste Ansprechperson in der KuF agiere ich in verschiedenen Netzwerken, um unterschiedliche zivilgesellschaftliche Akteur*innen vor Ort und in ganz Brandenburg zusammenzubringen. Ploppen aktuelle lokale Problemlagen auf, zum Beispiel rechtsextremistische Schmierereien im Straßenbild, werden wir auch selbst aktiv und setzen mit Workshops oder öffentlichkeitswirksamen Aktionen menschenfeindlichen Einstellungen etwas entgegen. Zu unserer Arbeit gehört außerdem die Etablierung eines Jugendforums, um Jugendbeteiligung vor Ort zu fördern. Zur Umsetzung ihrer eigenen Ideen und Projekte steht Jugendlichen extra ein Jugendfonds zur Verfügung.

Foto Seeger: Konstantin Börner

Demokratie leben!

Das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderte Programm *Demokratie leben!* wurde 2015 initiiert. In Bernau gibt es seit 2019 die Partnerschaft für Demokratie, die gemeinsam gebildet wird von der Fach- und Koordinierungsstelle, dem federführenden Amt der Stadt, dem Begleitausschuss und dem Jugendforum. Die Förderhöhe pro Projekt beträgt maximal 5.000 Euro.

Aktuell läuft hier bei uns das Pilotprojekt »Jugendforum on Tour«, wo wir von Jugendlichen gut frequentierte Orte aufsuchen und Projektideen sammeln.

Die Partnerschaft für Demokratie in Bernau ist Teil des Bundesprogramms *Demokratie leben!*. Was sind die generellen Ziele des Programms?

Demokratie ist nicht selbstverständlich und es bedarf kontinuierlicher Arbeit, um diese zu erhalten. *Demokratie leben!* setzt genau da an und fördert seit 2015 zivilgesellschaftliches Engagement und ein buntes Miteinander, um demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen in der Gesellschaft entgegenzustehen. Die Kernziele sind dabei: Demokratie fördern, Vielfalt gestalten und Rechtsextremismus vorbeugen.

Welche Projekte werden im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie in Bernau gefördert?

Es gibt jedes Jahr mehrere Ausschreibungsrunden. Unsere Handlungsfelder, wie die Stärkung des Demokratiegedankens, aktiv sein gegen Rechtsextremismus, Demokratiebildung in Kitas und Schulen oder die Kinder- und Jugendbeteiligung, sind dabei Orientierungspunkte für die Antragsstellenden. Gibt es akuten, lokalen Handlungsbedarf zu einem speziellen Thema, beispielsweise neuen Bestrebungen in der Reichsbürgerbewegung, werden Antragsstellende auch explizit aufgerufen, dazu Projekte einzureichen.

Warum ist die Förderung solcher Projekte wichtig für eine starke Demokratie? Was können sie aus deiner Sicht leisten?

Diese Projekte sind Teil der lokalen Demokratiestärkung. Jedes Projekt wirkt quasi wie ein Puzzleteil. Tatsächlich liegt die Betonung der Frage auf »Förderung«. Viele gemeinnützige Vereine oder Organisationen machen unentbehrliche Arbeit in der politischen Bildung etc., aber können Projektideen auf Grund fehlenden Geldes nicht umsetzen. Hier kann die Partnerschaft für Demokratie mit dem Aktions- und Initiativfonds weiterhelfen.

Toll finden wir es auch, wenn wir Projekte von Vereinen fördern können, die man auf den ersten Blick vielleicht erstmal nicht mit Demokratieförderung in Verbindung bringt. So durften wir letztes Jahr den Basketballverein SSV Lok mit ihrem Herbstcamp finanziell unterstützen. Da ging es aber nicht nur um Basketballtraining, sondern die teilnehmenden Kinder haben dort gemeinsam die Regeln erarbeitet und es gab jeden Tag Gesprächs- und Diskussionsrunden zu verschiedenen Begriffen wie »Freiheit« oder »Gemeinschaft«.

Außerdem wurde zusammen mit den Kindern zu Konfliktlösungsstrategien gearbeitet. Hier zeigt sich eben, dass Demokratieförderung auch im Kleinen wirken kann.

Die Projekte erhalten ja nicht nur Geld aus dem Fördertopf, richtig? Was tut ihr als Fach- und Koordinierungsstelle außerdem, um sie zu unterstützen und Demokratie zu stärken?

Das ist richtig, wird ein Projekt bewilligt, stehe ich als Ansprechperson für Fragen rund um das Projekt weiterhin zur Verfügung. Da wir als Partnerschaft im direkten Bezug zur Stadt Bernau stehen, ist dies häufig hilfreich für die Anmietung von Räumlichkeiten, Anfragen beim Ordnungsamt etc. Die KuF unterstützt somit in der Umsetzung der Planung bei Bedarf, als auch inhaltlich, wenn der Träger noch auf der Suche nach Referent*innen für einen Workshop ist. Außerdem ist es unser Anliegen, zivilgesellschaftliche Akteure untereinander zu vernetzen.

Kannst du mir ein, zwei Beispiele nennen von Projekten, die bereits durch euch gefördert wurden und die du besonders interessant und wirksam fandest?

Was mir hier spontan einfällt, ist unser Pilotprojekt »Jugendforum on Tour«, bei dem es darum geht, an die Lieblingsorte von Jugendlichen zu gehen, Projektideen zu sammeln und dann Jugendlichen finanzielle Mittel zur Umsetzung ihrer eigenen Ideen zur Verfügung zu stellen. Spannend finde ich ganz einfach die Zielgruppe und ihr sehr verschiedenes Herangehen an Problemlagen, als es beispielsweise bei Erwachsenen der Fall ist. Die Wichtigkeit sehe ich darin, dass Jugendliche Selbstwirksamkeit erfahren, ihre eigene Stadt mitgestalten und verändern können und eine Stimme bekommen. Wir sind hier noch sehr gespannt, wie es weiter geht.

Ein weiteres Projekt, was ich in der Planung und Umsetzung sehr spannend fand, war der zweiteilige Politbrunch von der Agentur Ehrenamt. Hier wurde an zwei Sonntagen ins Rathaus eingeladen, um brisante Themen auf dem Podium und im Publikumsgespräch zu diskutieren. Da dies im direkten Vorfeld der Bundestagswahlen stattfand, waren auch die direkten Abgeordneten des Wahlkreises vor Ort. Diese konnten dann mit Fragen gelöchert werden. Im Nachgang wurde von vielen Teilnehmenden – auch dem Bürgermeister – der Wunsch geäußert, dieses Gesprächsformat zu aktuellen Themen aufrecht zu halten. Diese Form der Nachhaltigkeit wäre natürlich wünschenswert.

Wie kam es überhaupt dazu, dass der HVD Nordbrandenburg hier als Koordinierungsstelle wesentlicher Akteur der Partnerschaft für Demokratie wurde? Und inwiefern identifiziert ihr euch mit dem Projekt?

Im Jahr 2018 wurden wir von der Stadtverwaltung Bernau über das Projekt informiert und gefragt, ob wir uns die Trägerschaft der Koordinierungs- und Fachstelle vorstellen können. Hintergrund dafür war, dass die Stadt von Anfang an den Fokus auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen richten wollte – und wir im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit bereits seit vielen Jahren ein zuverlässiger und kompetenter Partner für die Stadt waren. Und da uns die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen schon immer ein großes Anliegen war und im Regionalverband gelebt wird, haben wir gern zugesagt. Doch auch darüber hinaus finden wir, dass die Förderung eines demokratischen und friedlichen Miteinanders in der Stadt Bernau sehr gut zu unserer Arbeit in der Stadt und zum Humanismus passt.

Danke für das Interview, Johanna!

Foto Theaterprojekt: HVD Nordbrandenburg

Die Partnerschaft für Demokratie in Bernau unterstützte u.a. bereits ein Theaterprojekt für Jugendliche in der brandenburgischen Stadt.

Religionsfreiheit und Demokratie

Von Henrike Lerch

Religionsfreiheit ist eines unter anderen im Grundgesetz festgeschriebenen Freiheitsrechten. Im konkreten Kampf um die Freiheitsrechte nimmt die Religionsfreiheit aber eine durchaus interessante Rolle ein. In heutigen Diskussionen beweist gerade auch das Recht auf Religionsfreiheit und Freiheit von Religion, dass demokratische Grundrechte immer wieder überprüft werden müssen.

Religionsfreiheit, religiöser Pluralismus und die Akzeptanz der Freiheit von Religion gehören heute zu den selbstverständlichen Merkmalen moderner Gesellschaften. Insbesondere demokratische Gesellschaften basieren auf einer Anerkennung von Pluralität, also einer Akzeptanz von religiöser Vielfalt und dem Selbstverständnis, dass diese ein notwendiger Bestandteil pluraler Gesellschaften ist. Religiöse Vielfalt ist damit ein essenzieller Wert von Demokratie.

Das hat vor allem historische Gründe. Nach den entsetzlichen Erfahrungen der blutigen Religionskriege in den deutschen Ländern mit anschließenden Friedensverträgen bestimmten zunächst die Landesfürsten die Religionszugehörigkeit der Untertanen auf ihrem Gebiet. Doch schon seit dem 18. Jahrhundert führten verschiedene Entwicklungen dazu, dass sich die Frage nach Religionsfreiheit neu stellte. Zum einen forderte die jüdische Bevölkerung, bedingt durch zunehmende Emanzipation, den Anspruch auf soziale, ökonomische und politische Teilhabe. Zum anderen fanden schon in der Frühindustrialisierung Migrationsbewegungen statt, die zu einer Vermischung von Protestanten und Katholiken führten. Die Gedanken der Aufklärung und die Ideen der Menschenrechte als individuelle Rechte, die die Gleichberechtigung aller Bürger begründen, stellen das ideengeschichtliche Fundament dieser Entwicklungen dar. Es sind zugleich die geistigen Grundlagen, die in den 1840er Jahren zu kritischen Strömungen innerhalb der christlichen Kirchen führten.

Foto Grundgesetz: Wikimedia Commons/Klaaschwotzer (CC0 1.0); Foto Lerch: Lutz Kampert

Als 1848 in Deutschland Bürger für Freiheitsrechte auf die Straße gingen, stand die Forderung nach religiöser Selbstbestimmung von Anfang an mit auf dem Forderungskatalog. Es scheint selbstverständlich, dass sich demokratische und kirchenkritische Menschen hier politisch verbündet haben, beziehungsweise die Demokraten der Paulskirche zum Teil auch den freireligiösen Strömungen angehörten. Doch es lohnt ein Blick auf diese Dynamik, um den Zusammenhang von Religionsfreiheit und Demokratie zu verstehen. Der Ausschluss der reformatorischen Kräfte aus Kirchengemeinden führte zu zahlreichen Neugründungen freiheitlicher Gemeinden – denen der Deutschkatholiken und der Lichtfreunde. Innerhalb dieser neuen Gemeinden konnte aber nicht nur die Religion im eigenen Selbstverständnis ausgeübt, sondern auch politisch diskutiert werden. Die Orientierung an den Ideen der Aufklärung boten die inhaltliche Orientierung. Die Frage von Freiheit und Selbstbestimmung war dabei auch eine Frage nach religiöser Selbstbestimmung, die mit der Forderung einer Trennung von Staat und Kirche verbunden war. Der Ruf nach Gleichberechtigung der Bürger – unabhängig von Geburts- oder Standesprivilegien – ging einher mit der Forderung einer Befreiung aus dogmatischen Zwängen bis hin zum Recht, die eigenen Überzeugungen frei vertreten zu können und das Weltbild am wissenschaftlichen Denken zu orientieren. Diese Variationen spiegeln sich in den Schlagworten von Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit, wobei Religionsfreiheit zunehmend die Freiheit von Religion einschloss.

Strukturell führte die Notwendigkeit, Kirchengemeinden aufbauen zu müssen, zu einem Freiraum für politische Ideen und der Möglichkeit, diese zu verbreiten, denn in diesen Strukturen waren Versammlungen möglich. Auch wenn in Reaktion auf die Märzrevolution die genannten Gemeinden verboten wurden, war der Gedanke nach religiöser Selbstbestimmung weiterhin tragend und bildet auch heute noch unser demokratisches Selbstverständnis.

Eine ähnlich positive Funktion von Kirchenhäusern findet sich auch in diktatorischen Staaten. Ein deutliches Beispiel dafür findet sich im November 1989, als die Demonstrationen für Demokratie in der DDR häufig im Anschluss an Gottesdienste stattfanden. Diese Funktion begründet sich weniger in christlichen Überzeugungen als vielmehr in der Sonderstellung religiöser Institutionen.

Heute bedürfen wir dieser Institutionen nicht mehr – zumindest nicht in demokratischen Gesellschaften –, um einen Austausch an Meinungen zu gewährleisten. Im Gegenteil, wir können feststellen, dass gerade unter dem besonderen Schutz von Religion zunehmend auch antidemokratische Bestrebungen reifen. Religiöser Extremismus und Fundamentalismus scheinen sich unter dem besonderen Schutz von Glaube und Religion besonders gut ausbreiten zu können. Aber auch Religion selbst hat antidemokratische Elemente. So spielt Dogmatismus im Glauben ebenso eine Rolle wie die Anerkennung von Autoritäten und Machtstrukturen – alles Elemente, die dem kritischen Denken, das einer demokratischen Haltung zugrunde liegt, entgegenstehen. Hier ist zu vermuten, dass die mit Religionsfreiheit gewährte Toleranz in gefährlicher Weise auf Intolerante ausgedehnt wird. Was in einer Gesellschaft toleriert wird und wann Intoleranz die Toleranz gefährdet, ist dabei nicht festgeschrieben, sondern muss in den konkreten Situationen mitunter mühsam ausgehandelt werden. Aber auch der erzielte Kompromiss ist nicht als abschließendes Ende zu sehen, sondern darf auch immer wieder hinterfragt werden.

Religionsfreiheit und Freiheit von Religion, das sind demokratische Werte und Rechte, die erkämpft werden mussten. Religionsfreiheit ist dabei eines von weiteren essenziellen Rechten, die unsere demokratische Gesellschaft ausmachen. Diese sind nicht selbstverständlich, sondern wir müssen sie schützen, wahren und auch kritisch hinterfragen, damit sie uns erhalten bleiben.

Henrike Lerch (*1978) studierte Philosophie, Geschichte und Politikwissenschaften. Sie ist Mitglied des HVD-Landespräsidiums NRW und im Vorstand des HVD Wuppertal. Als Humanistische Sprecherin gestaltet sie Lebensfeiern.

Für ein humanistisches Verständnis des Palavers

Von Frieder Otto Wolf

Das Palaver wird in der deutschen Diskussion gewöhnlich abschätzig betrachtet: Ohne Methode, ohne System, ohne Wissenschaft reden da sogenannte »Primitive« daher und kommen niemals zu einem »vernünftigen« Ende.[1] Als praktische Humanist*innen sollten wir, wie ich im Folgenden begründen möchte, energisch und tatkräftig dagegen halten: In der für alle Seiten und nach allen Richtungen offenen Kommunikationspraxis des Palavers muss immer dann verhandelt und um Verständigung gerungen werden, wenn den Streitenden keine gemeinsamen wissenschaftlichen »Grundlagen« oder auch kommunikativ unterstellte »Selbstverständlichkeiten« zur Verfügung stehen – und dies ist gerade für den praktischen Humanismus von zentraler Bedeutung.

Im Deutschen ist das Wort „Palaver" eher negativ als »überflüssiges Gerede« belegt, in anderen Ländern hingegen bezeichnet er etwas Konstruktives: Das Palaver dient dem Zweck, das Gegenüber vor den entscheidenden Gesprächsphasen näher kennenzulernen. In der afrikanischen Kultur bedeutet das Wort »Versammlung«.

Foto Fischer: Wikimedia Common/Tchoopsa1 (CC BY-SA 4.0)

Der Begriff des Palavers stammt aus Afrika. In einer kolonialen Perspektive, aus der wir uns inzwischen auch in Deutschland zu befreien begonnen haben, wurde damit eine Kommunikationspraxis indigener Gemeinschaften bezeichnet, deren Regeln sich den an ein »methodisches Vorgehen« gewöhnten Europäern[2] nicht erschloss, sodass es ihnen als ein (ganz im Wortsinne) »wildes« Durcheinanderreden vorkam. Inzwischen ist klar, dass auch das Palaver seine Regeln hat – allerdings solche, die darauf abzielen, dass wirklich Jeder[3] zu Wort kommt und alle Argumente eingebracht werden und Berücksichtigung finden.

Ich habe in meinem Buch zur »Radikalen Philosophie« den Gedanken vertreten, dass derartigen elementaren Formen einer Verständigung in allen menschlichen Gruppen eine entscheidende Rolle zukommt – gegen alle Versuche, rationale Verständigung auf vorgegebene Modelle von Rationalität zu beschränken. Dieser Grundgedanke lässt sich so formulieren, dass eine wirkliche Verständigung zwischen Menschen nicht mehr erfordert, als dass alle Beteiligten das, was sie zu sagen haben, auch wirklich sagen, und das, was die anderen sagen, auch wirklich hören. Und diese Art von elementarer Verständigungspraxis habe ich mit einem erweiterten Begriff des »Palavers« bezeichnet.

Ich bin davon überzeugt, dass diese elementare Praxis eines Sich-Aussprechens und Zuhörens, das vor allen vor Vereinbarungen über Regeln und Konventionen immer schon begonnen hat, jedenfalls für praktische Humanistinnen und Humanisten von geradezu grundlegender Bedeutung ist – denn sie stellt eine immer wieder praktikable Alternative dazu dar, sich für Handlungsprobleme erst einmal eine wissenschaftliche Orientierungsgrundlage zu suchen. Nicht etwa, weil dies schlecht oder grundsätzlich praktisch nicht machbar wäre. In vielen, vor allem im weitesten Sinne technischen Bereichen machen wir das ja auch tagtäglich (auch wenn wir dabei nicht immer wieder die jeweiligen wissenschaftlichen Grundlagen rekapitulieren).

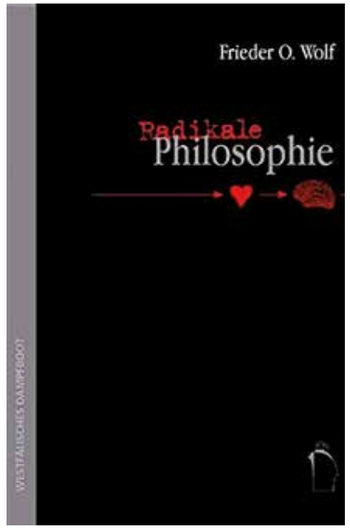
Die Bedeutung des Palavers an den Grenzen einer wissenschaftlichen Orientierung in der Lebenspraxis

Diese Praxis, die ich mit dem Begriff des »Palavers« bezeichne, macht es möglich, auch überall dort zu tragfähigen gemeinsamen praktischen Orientierungen zu finden, wo es etwa schwierig ist, die konkrete Situation, in der nach einer konkreten praktischen Orientierung gesucht wird, als solche wissenschaftlich zu erfassen.

Das kann einfach daran liegen, dass die Situation, in der zu handeln ist, übermäßig komplex ist – hier muss mensch dann im Palaver konsensuale und möglichst angemessene Formen einer Komplexitätsreduktion finden. Es kann aber auch daran liegen, dass ein ernsthafter Grundlagenstreit in den beteiligten bzw. relevanten Wissenschaften dauerhaft die Umsetzung wissenschaftlicher Einsichten verhindert, weil gar nicht klar ist, welche der miteinander völlig unvereinbaren Aussagen über die gegenwärtige Situation als Grundlage für das gemeinsame Handeln akzeptiert werden sollen. Und dies ist praktisch in allen Wissenschaften der Fall, die sich auf menschliche Verhältnisse und Angelegenheiten beziehen. Als Beispiel können hier die regelmäßigen Debatten über die ökonomische Lage und ihre absehbaren Entwicklungstendenzen dienen – die von Diagnosen grundlegender Krisen bis zu bloß konjunkturbezogenen Empfehlungen reichen, über die offenbar in absehbarer Frist keine Verständigung unter den beteiligten Wissenschaftler*innen erzielt werden kann.

»Ich bin überzeugt, dass diese elementare Praxis eines Sich-Aussprechens und Zuhörens jedenfalls für praktische Humanistinnen und Humanisten von geradezu grundlegender Bedeutung ist.«

1 Ist es eine allzu parteiliche Assoziation, die verbreitete Diffamierung der elementaren Kommunikationspraxis von Frauen als »Klatsch« als eine deutliche Parallele zu sehen?
2 Ja, es waren in erster Linie Männer.
3 Auch hier ist die männliche Form historisch richtig.



Frieder O. Wolf: »Radikale Philosophie: Aufklärung und Befreiung in der neuen Zeit«; Westfälisches Dampfboot.

Auch hier müssen wirtschaftspolitische Entscheidungen in einem offenen politischen Prozess getroffen werden, der strukturell alle Merkmale des Palavers trägt (mit dem einzigen, aber wichtigen Unterschied, dass hier und heute, selbst in demokratisch verfassten Gemeinwesen, nicht jede und jeder zu Wort kommt, und auch das Gewicht der dann überhaupt Beteiligten bei der Entscheidungsfindung dann keineswegs gleich, sondern durchaus ungleich ist – wie dies etwa jede Auseinandersetzung zwischen Gewerkschaften und Unternehmen sinnfällig vor Augen führt). Auffällig ist hier der Unterschied zu den Debatten über die Klimakrise oder die Corona-Pandemie, in denen es zwar auch Streit gibt, aber doch – von »freaks« abgesehen, die in der ernsthaften Debatte nicht ernst genommen werden – keinen Grundsatzstreit über die wissenschaftlichen Methoden und die mit ihnen gewonnenen Erkenntnisse.

Für eine offene Verständigung unter praktischen Humanist*innen

Der praktische Humanismus besteht angesichts dieser Debattenlage auf der schlichten Frage, wie in Bezug auf diese unübersehbaren Krisenprozesse erst einmal praktische Lösungen gefunden werden können, durch die zumindest die Auswirkungen der laufenden destruktiven Entwicklungen auf die Schwächsten abgewehrt oder abgemildert werden können – und vor allem auch Zeit gewonnen werden kann, um sich über adäquatere und gründlichere Lösungsansätze für diese Probleme verständigen zu können.

Das bedeutet für alle Menschen, die im Sinne des »praktischen Humanismus« agieren, dass jedenfalls in denjenigen Bereichen der Wissenschaften von Geschichte und Gesellschaft, welche sich auf die großen Krisen beziehen, in welche die Menschheit offenbar gerade hineinsteuert – in den Bereichen also, in welchen es darum geht, zu klären, welche tiefergehenden, »strukturellen« Veränderungen nötig sind, um diese Krisen nachhaltig zu überwinden, eine ganz reale Schwierigkeit: Einerseits wissen sie – und werden darin auch durchaus zu Recht durch die Erfahrungen im Umgang mit der Klimakrise oder mit COVID-19 bestärkt –, dass es nötig wäre, für die langfristigen Handlungsperspektiven aller aktiv Beteiligten tragfähige wissenschaftliche Grundlagen zu gewinnen; andererseits wissen sie aber auch, dass die einschlägigen Wissenschaften so tief zerstritten, ja sogar gespalten sind, dass von ihnen keine gemeinsam zu tragende Handlungsperspektive zu erwarten ist.

Hier hat der praktische Humanismus eine tragfähige Alternative anzubieten – und zwar ohne dabei die Fortführung der grundsätzlichen wissenschaftlichen Auseinandersetzungen behindern zu müssen, die vielleicht doch noch zu Klärungen führen werden. Diese Alternative besteht einfach darin – was in der Praxis jedenfalls in Ansätzen ohnehin passiert, wenn es »gut läuft« – »auf Sicht zu fahren«, d. h. erst einmal Schäden und Probleme anzugehen, die sich offensichtlich stellen. Und zwar durchaus in humanistischer Zuspitzung, indem mensch damit beginnt, die Probleme der Ärmsten und am meisten Bedrohten vorrangig zu lösen, oder wo dies nicht unmittelbar möglich ist, jedenfalls ernsthaft zu »mildern«.

Ein solcher Ansatz bleibt grundsätzlich offen für zusätzliche Erkenntnisse über akute Problemlagen, ihre Hintergründe und deren Entwicklungstendenzen – bleibt also rational offen für die Ergebnisse der wissenschaftlichen Debatten ebenso wie für den politischen Austausch über praktische Erfahrungen.

Damit wir als Humanist*innen dazu in der Lage sind – bzw. uns immer wieder die Fähigkeit dazu aneignen können –, ist es die allererste Bedingung, dass wir uns auf die Pluralität der Perspektiven und Stimmen einlassen, mit welchen gegenwärtig Menschen auf die Herausforderung der großen Krisen antworten, vor denen die Menschheit heute steht. Damit dies aber nicht in einer bloßen Kakofonie vielfältig unterschiedlicher Stimmen endet, müssen wir gleichzeitig von Anfang an eine Arbeit der Unterscheidung leisten – ich denke, zwischen denjenigen Stimmen, die sich in der Tat auf eine solche offene Debatte einlassen und denjenigen, welche von vorneherein auf Überwältigung und Manipulation zielen. Dabei wird es nicht reichen – wie das Beispiel der Corona-Debatte schmerzhaft lehrt –, den Beiträgen »von oben« schlicht diejenigen »von unten« entgegenzusetzen, sondern alle Beiträge sind immer auch daran zu prüfen, ob sie sich ernsthaft auf den Stand der verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse beziehen.

Das ist selbstverständlich angesichts der gegenwärtigen ökonomischen und ökologischen Krisen ein schwieriges und geradezu heikles Unterfangen – ebenso angesichts der erneut wachsenden Gefahr einer militärischen Austragung von Konflikten. Aber einfacher lassen sich tragfähige praktische Orientierungen auch für praktische Humanist*innen in der vielfach kritischen Lage der Gegenwart nicht gewinnen.

Literatur

Frieder Otto Wolf: Radikale Philosophie. Aufklärung und Befreiung in der neuen Zeit, Münster: Westfälisches Dampfboot, 2009.

Frieder Otto Wolf, Jahrgang 1943, ist Honorarprofessor für Philosophie an der Freien Universität Berlin und Präsident der Humanistischen Akademie Berlin-Brandenburg. Mehr Infos: www.friederottowolf.de

Foto Wolf: Privat

»Das Hambacher Schloss ist eine Wiege der deutschen Demokratie«

Das Interview führte Lydia Skrabania

Das Hambacher Fest von 1832 gilt als wichtiges Ereignis der deutschen, aber auch der europäischen Demokratiegeschichte. **Dr. Kristian Buchna,** seit 2020 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Hambacher Schloss, erzählt im Interview, auf welche Weise die Stiftung Geschichte und Werte vermittelt und wichtige Demokratiearbeit leistet – und wie sie sich gegen geschichtliche Vereinnahmungen des Hambacher Fests von rechts zu wehren weiß.

Foto Buchna: Stiftung Hambacher Schloss

Herr Buchna, das Hambacher Schloss war Mittelpunkt des Hambacher Festes von 1832. Was genau geschah damals?

Am 27. Mai 1832 haben sich bis zu 30.000 Menschen zusammengefunden, um auf dem Hambacher Schlossberg gegen die Unterdrückungspolitik der damaligen Obrigkeit und gegen soziale und wirtschaftliche Missstände zu protestieren. Zugleich haben sie positive Forderungen formuliert. So waren alle Teilnehmenden durchdrungen von dem Wunsch nach einem geeinten deutschen Staat, in dem rechtsstaatliche Prinzipien und bürgerliche Freiheitsrechte wie Rede- und Pressefreiheit galten. In den Farben Schwarz-Rot-Gold, die damals massenhaft in Form von Kokarden und Fahnen mitgeführt wurden, drückten sich diese Wünsche und Forderungen symbolisch aus. Aber im Festzug waren auch andere Fahnen zu sehen, denn Franzosen befanden sich ebenso unter den Teilnehmenden wie polnische Freiheitskämpfer.

Da die Obrigkeit einen demokratischen Flächenbrand befürchtete, reagierte sie mit harter Hand: Die maßgeblichen Organisatoren des Hambacher Festes wurden verhaftet oder mussten ins Ausland fliehen. Es griffen im Vormärz also jene Mechanismen von demokratischem Aufbruch und staatlicher Unterdrückung, die wir noch heute in autokratisch regierten Staaten beobachten müssen.

Welche Bedeutung hatten die Ereignisse für die deutsche und die europäische Geschichte?

Mit Theodor Heuss lässt sich das Hambacher Fest als »die erste politische Volksversammlung« in Deutschland beschreiben. Nahmen etwa beim Wartburgfest von 1817 nur Studenten, Professoren und Bildungsbürger teil, so stammten die Teilnehmenden des Hambacher Festes aus allen sozialen Schichten. Vor allem aber haben sich auch Mädchen und Frauen dem Festzug angeschlossen, was überaus bemerkenswert ist. Bereits im Einladungsschreiben zum Hambacher Fest wurden sie ausdrücklich zur Teilnahme ermutigt, da man ihre bisherige politische Missachtung für einen Fehler hielt. Insofern steht das Hambacher Fest für eine Mobilisierung und Politisierung der Gesellschaft, die ihrerseits Voraussetzung für den Prozess der Demokratisierung war. Außerdem hatte die deutsche Einheits- und Demokratiebewegung mit dem Hambacher Fest endgültig ein gemeinschaftsstiftendes Symbol gewonnen, nämlich die schwarz-rot-goldene Fahne mit drei gleichgroßen Farbstreifen. Eine solche Fahne wehte während des Festes auf dem Turm der Burgruine und kann daher mit einiger Berechtigung als deutsche »Urfahne« gelten. Eben diese Fahne mit der Aufschrift »Deutschlands Wiedergeburt« präsentieren wir übrigens in unserer Dauerausstellung »Hinauf, hinauf aufs Schloss!«. Bezogen auf Deutschland lässt sich also mit Recht sagen: Das Hambacher Schloss ist eine Wiege der deutschen Demokratie.

Zugleich ist das Hambacher Schloss seit 2015 Trägerin des Europäischen Kulturerbe-Siegels. Mit dieser Auszeichnung wird der europäische Charakter des Hambacher Festes gewürdigt, schließlich wurde in den damaligen Reden die Solidarität der europäischen Völker beschworen. Die Rede von Johann Georg August Wirth, einem der führenden Köpfe des Hambacher Festes, endete mit dem Ruf: »Hoch! Dreimal hoch das conföderierte republikanische Europa!« Vom Hambacher Fest ging also auch das Signal aus, dass das Bekenntnis zur deutschen Nation keiner Konstruktion sozialer, kultureller oder nationaler Feindbilder bedarf, wie es bei Vertretern des Nationalismus der Fall war und heute noch immer ist. Vielmehr erfuhr der Ruf nach nationaler Einheit und Freiheit eine entscheidende Stärkung und Mobilisierung gerade dadurch, dass er die europäischen Völker integrierte, dass man sich mit ihnen und ihrem Freiheitskampf solidarisch erklärte.

Dr. Kristian Buchna

Dr. Kristian Buchna (*1983) studierte Neuere und Neueste Geschichte, Neuere deutsche Literaturwissenschaft und Philosophie an der Universität Augsburg. Promotion 2013 mit einer Studie zum Thema »Ein klerikales Jahrzehnt? Kirche, Konfession und Politik in der Bundesrepublik während der 1950er Jahre«. Forschungsschwerpunkte: Geschichte des Liberalismus, Demokratiegeschichte, kirchliche Zeitgeschichte.

Inwiefern sind die geschichtlichen Ereignisse um das Hambacher Fest noch heute relevant?

Auch wenn die Ereignisse nun schon fast 190 Jahre zurückliegen, können vom Hambacher Fest ganz verschiedene Impulse ausgehen, die für unser demokratisches Zusammenleben relevant sind. Das fängt schon bei der Einsicht an, dass unsere demokratischen Errungenschaften einst von mutigen Männern und Frauen erkämpft und verteidigt werden mussten. Der Volksfest-Charakter des Hambacher Festes regt ferner dazu an, sowohl über Fragen der Gleichberechtigung und Teilhabe nachzudenken, als auch über die Bedeutung von Emotionen zu sprechen, die der betont rationalen Demokratie manchmal vielleicht etwas zu sehr abgehen. Außerdem lehrt uns Hambach, dass sowohl die Demokratie als auch Europa keine scharf umrissenen, zeitlos gültigen »Modelle« sind. Vielmehr ringt jede Generation darum, was für sie Demokratie als Herrschaftsform *und* als Lebensform bedeutet, und was das Europa auszeichnen soll, in dem sie gerne leben möchte. Diese Dynamik macht einen Reiz sowohl der Demokratie als auch Europas aus. Und doch gibt es bei aller Offenheit für Veränderungen Grundrechte und Grundwerte, ohne die weder die Demokratie noch Europa denkbar wären. Zu nennen wären etwa die Meinungs- und Pressefreiheit, die ihrerseits eng mit dem Hambacher Fest verbunden sind.

Für das Hambacher Fest wie für alle historischen Ereignisse und Orte gilt jedoch: Impulse können von ihnen nur dann ausgehen, wenn wir uns ihnen mit Offenheit und Neugier annähern. Ansonsten bleiben es nur nackte Zahlen oder stumme Steine aus längst vergangenen Zeiten.

Wie wollen Sie diese Neugier wecken? Auf welche Weise vermitteln Sie Geschichte und Werte bzw. leisten dort Demokratiearbeit?

Wir verstehen das Hambacher Schloss als einen lebendigen Erinnerungs-, Lern- und Diskussionsort. Die Geschichte des Hambacher Festes und Schlosses vermitteln wir nicht nur in unserer Dauerausstellung, sondern auch durch Führungen und Workshops, in denen wir jeweils den Bogen von der Zeit des Vormärz in die Gegenwart schlagen. Schulklassen sind daher natürlich ganz zentrale Zielgruppen unserer Arbeit. Hinzu kommt ein äußerst vielfältiges Veranstaltungsangebot. Ob mit Podiumsdiskussionen oder Buchvorstellungen, Konzerten oder Festbanketts, politischem Kabarett oder Kindertheater – wir möchten mit unserem Angebot ein möglichst breites Publikum erreichen und für diesen besonderen Ort begeistern. In den zurückliegenden Um- und Neubaumaßnahmen rund ums Hambacher Schloss spielte zudem der Aspekt der Barrierefreiheit eine große Rolle.

Das Hambacher Schloss erhebt sich auf 376 m Höhe auf dem nach ihm benannten Schlossberg am Ostrand des Pfälzerwalds.

Im Hambacher Schloss finden regelmäßig Workshops zu Demokratiegeschichte für Jugendliche statt.

Foto Schloss: Wikimedia Commons/BlueBreezeWiki (CC BY-SA 3.0); Foto Ausstellung: Stiftung Hambacher Schloss

In der jüngeren Vergangenheit kam es zu Versuchen der Vereinnahmung der Geschichte des Hambacher Festes. Was genau ist da vorgefallen und mit welchen Maßnahmen haben Sie darauf reagiert?

Wie gerade geschildert, ist das Hambacher Schloss ein offener Ort für alle Bürgerinnen und Bürger, aber es ist kein wertfreier Ort. Wir haben seit 2018 wiederholt erleben müssen, dass Rechtspopulisten unter dem anmaßenden und irreführenden Titel »Neues Hambacher Fest« die Kulisse des Hambacher Schlosses dazu missbraucht haben, um sich zu den »wahren Erben« des Hambacher Festes von 1832 zu stilisieren. Dies geschieht zum einen unter konsequenter Ausblendung des europäischen Charakters des Hambacher Festes, zum anderen wird unser freiheitlicher Rechtsstaat der Bundesrepublik von den Protagonisten dieser Veranstaltungen systematisch als »Diktatur« diffamiert und damit delegitimiert. Gerade an einem Ort der deutschen Demokratiegeschichte kann uns dies nicht gleichgültig sein. Wir haben daher ein umfassendes Maßnahmenpaket erarbeitet, das den Demokratieort Hambacher Schloss stärken und dessen politisch motivierte Vereinnahmung verhindern soll. Neben einer Ausweitung unseres Angebots an Veranstaltungen und Workshops haben wir etwa eine Besucherordnung erlassen, die Veranstaltungen mit extremistischen, rassistischen, antisemitischen oder antidemokratischen Äußerungen untersagt. Wir blicken der weiteren Entwicklung daher gelassen, notfalls aber auch wehrhaft entgegen.

Im Jahr 2032 jährt sich das Hambacher Fest zum 200. Mal. Wie werden Sie die Feierlichkeiten begehen?

Tatsächlich haben wir dieses große Jubiläum bereits jetzt im Blick und fangen im Mai nächsten Jahres an, uns schon einmal »warmzufeiern«. Gemeinsam mit der Demokratiestadt Neustadt an der Weinstraße werden wir künftig im Zweijahresrhythmus rund um den Jahrestag des Hambacher Festes ein Demokratiefest feiern, das mit einem vielfältigen Angebot von Veranstaltungen und Aktionen zum Mitmachen einladen soll. Bezogen auf das Jahr 2032 würde ich mir wünschen, dass wir gemeinsam mit vielen regionalen, nationalen und europäischen Partnerinnen und Partnern ein Fest feiern, von dem Impulse ausgehen für unsere Demokratie und für Europa. Auch bei den Planungen des 200. Jahrestages fühlen wir uns also dem Erbe von 1832 verpflichtet.

Danke für das Interview!

Heinrich Lux: Wissenschaftler, Sozialist, Publizist

Ein Leben zwischen Freiheitssuche und Gefängnismauern

Gastbeitrag von Ulrich Tietze

Foto Lux: U. Tietze/Familienbesitz

Ulrich Tietze ist ein Enkel von Heinrich Lux. Über dessen dritte Ehefrau Dora, einer Jüdin, die in der NS-Zeit der Deportation entkam, erschien 2012 ein umfassendes Buch. Erst durch diese Biografie erfuhr Tietze von seinen jüdischen Wurzeln, die zuvor in seiner Familie nie thematisiert wurden. Angehörige seiner Familie wurden in der NS-Zeit verfolgt und ermordet, nicht wenige kamen in den KZs um. Bis zu ihrem Tod im Januar 2013 hatte Tietzes Mutter, Eva Lux, Angst vor einem neuen Rechtsextremismus. Noch kurze Zeit vor ihrem Tod im Jahr 2013 beschwor sie ihren Sohn, die jüdischen Wurzeln der Familie nicht öffentlich zu machen, andernfalls bekäme die Familie Probleme, »wenn die Rechten wieder regieren«. Tietze begann in der Folge, sich umfassend mit seiner Familiengeschichte auseinanderzusetzen. Der hier veröffentlichte Text über seinen Großvater Heinrich Lux ist Teil dieser Auseinandersetzung.

»Einmal versuchte ein Hypnotiseur, meinen Vater in Trance zu versetzen. Es wurde aber nichts daraus. Er sagte dann: ›Dieser Mensch widersteht jeder Hypnose.‹«
So stellte Eva Lux, die jüngste Tochter, die Eigenwilligkeit ihres Vaters dar.

In seiner Lebenszeit war Heinrich Lux kein Unbekannter: Enge Kontakte bestanden früh zu Sozialisten und Sozialdemokraten, etwa zu August Bebel. Lux wird im damaligen Standardwerk »Geschichte der Breslauer Sozialdemokratie« ausgiebig gewürdigt. Er gehörte jahrelang zum »Freundeskreis Gerhart Hauptmann«, war befreundet mit dem Bühnen-Autor Frank Wedekind, mit der Künstlerin Käthe Kollwitz und dem Naturwissenschaftler Karl Steinmetz. Unter Bismarck wurde Lux als Sozialist eingesperrt. Er schrieb diverse Bücher und wurde der älteste Patentanwalt in Berlin. Verheiratet war er in dritter Ehe mit der Frauenrechtlerin Dora Lux. Charakteristisch für ihn war immer sein Eigensinn, es ließe sich auch sagen: seine Sturheit. Zugleich jedoch war da sehr viel Humor, auch sehr viel Bereitschaft zum Dialog.

Erlebte Armut, Prozess und Gefängniszeit

Heinrich Lux, geboren im Jahr 1863, wächst bei Tarnowitz auf. Für seine sehr fromme (katholische) Mutter ist diese Zeit nicht einfach: als der Vater starb, war Heinrich erst sieben Jahre alt. Armut prägt den Alltag. Diese Armut ist es wohl auch, die ihn früh dazu bringt, sich mit sozialistischen Ideen zu beschäftigen. Mit Freunden gemeinsam liest er Kautsky und Marx, mit ihnen interessiert er sich für das »Modell Ikarien« in den USA, begründet vom französischen Sozialisten Etienne Cabet. Doch dies wird ihm zum Verhängnis, denn in der Zeit des Sozialistengesetzes sind derartige Ideen verboten. 1887 kommt es zum großen Breslauer Sozialistenprozess. Heinrich Lux ist dort Hauptangeklagter und sitzt danach mehr als zwei Jahre hinter Gittern. Für ihn, den immer nach Freiheit Strebenden, eine bittere Zeit. Aber zugleich gilt: Er, der überzeugte Freigeist (als junger Erwachsener tritt er aus der katholischen Kirche aus), erhält weitreichende Unterstützung durch den Gefängnisseelsorger Thamm; Lux würdigt ihn in seinen Memoiren sehr; fast scheint er in ihm einen Freund gesehen zu haben. Bemerkenswert auch: als Lux aus der Haft entlassen wird, suchte Thamm einen Nachfolger für die Büroarbeit, in der Heinrich Lux weithin freie Hand gehabt hatte. Lux empfahl seinen Freund Julian Marcuse, der die Haftzeit anzutreten hatte. Der Gefängnis-Seelsorger vertraute ihm sofort die Stelle an – und wusste, dass Marcuse Jude war! Solche Konstellationen sind für und in Kirche wohl nur im Gefängnis möglich.

Dora Lux

Dora Lux (1882–1959) hatte jüdische Vorfahren, die erst durch den Übertritt zum Christentum beruflich Fuß fassen konnten. Dora Lux gehörte zu den ersten 50 Abiturientinnen in Deutschland, studierte Altphilologie, promovierte über Fabeln in der Antike und war eine Vorkämpferin für Frauenrechte, insbesondere in Bildungsfragen. In der NS-Zeit entzog sie sich der Verfolgung durch Verweigerung der Übernahme des Namens »Sarah« (obligatorisch für Jüdinnen).

Im Sozialistenprozess wird auch Gerhart Hauptmann als Zeuge vorgeladen, aber wie ein Angeklagter behandelt. Er dokumentiert das mehrfach in späteren Schriften und kann den Schock offenbar nur schwer überwinden. In einer Biografie heißt es gar, es seien wohl die schwersten Stunden seines Lebens gewesen; vielleicht darf von einem Trauma gesprochen werden. Zumindest wird deutlich: Er distanzierte sich zunehmend von seinem früheren Freund – oder guten Bekannten – Heinrich Lux, mehrfach schreibt Hauptmann, er habe Lux nur »flüchtig« gekannt. Der Hauptangeklagte im Prozess dagegen würdigt die Beziehung zum Dichter u.a. in seinen Memoiren und in einer umfassenden Darstellung des Breslauer Prozesses.

Emigration in die Schweiz und publizistische Aktivitäten

Nach der Entlassung darf Lux in Deutschland nicht weiterstudieren. Er wechselt in die Schweiz. Eine rege publizistische Tätigkeit für die SPD beginnt: Bücher über soziale Probleme, eine Nachbetrachtung zum »Modell Ikarien«, Publikationen über die Not des Proletariats, über Prostitution, über die fatalen Auswirkungen des Kapitalismus für die kleinen Geschäftsleute. Eine von ihm durchgeführte Untersuchung über die angeblich im Judentum höhere Kriminalität widerlegt gängige Vorurteile. Um auch Arbeitern den Kauf seiner Publikationen zu ermöglichen, wird ihr Preis oft bewusst niedrig gehalten.

Ein auch heute noch erschütterndes Dokument, von Lux herausgegeben, sind die »Briefe aus einem Totenhaus« – Zeugnisse politischer Gefangener unter dem damaligen Zaren. Berichtet wird dort von Verschleppung, Folter, Verweigerung aller Rechte. Viele überlebten die erlittenen Grausamkeiten nicht.

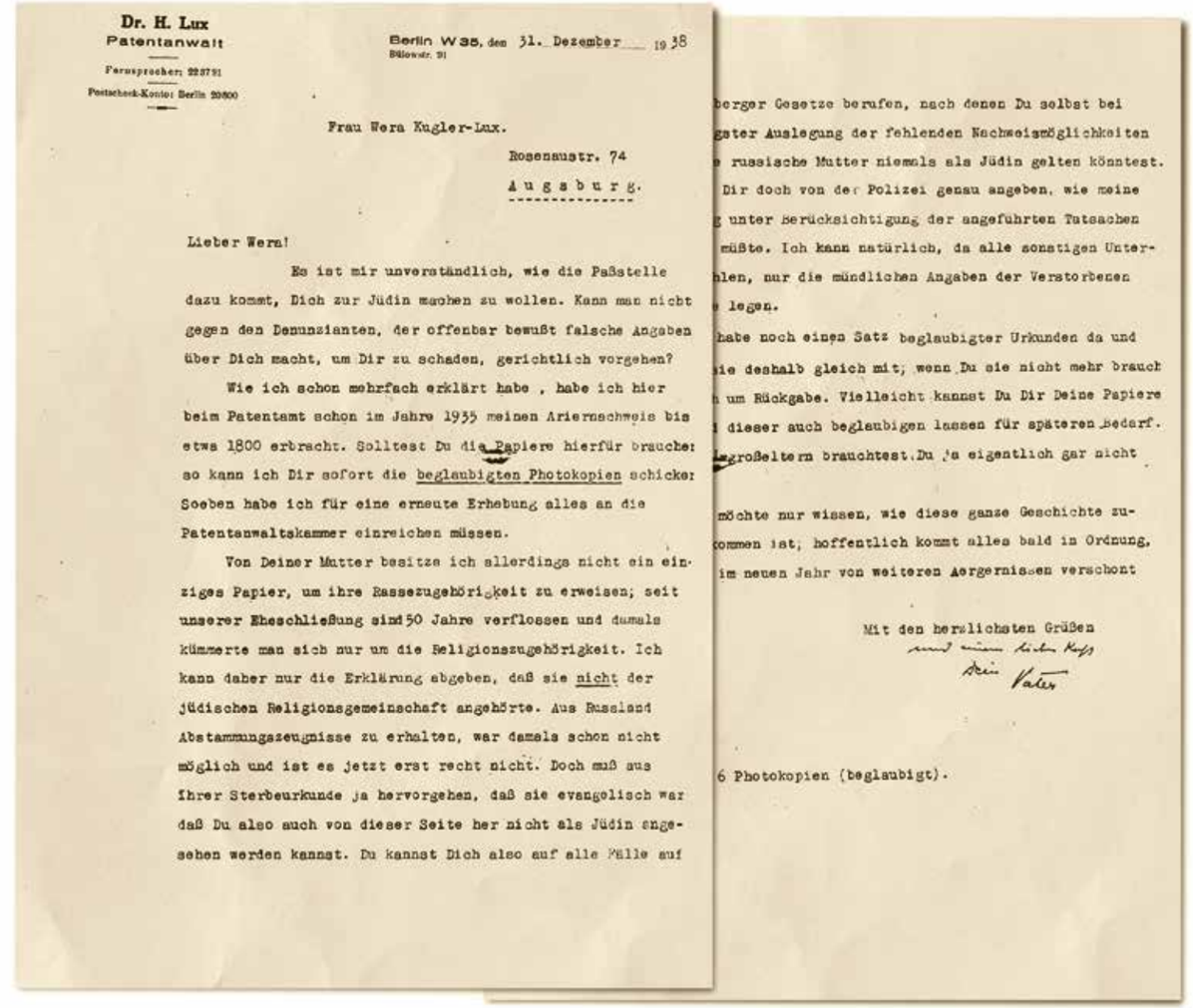
Alle Einnahmen aus dem Verkauf werden den Verfolgten zur Verfügung gestellt; ein sozialer Zug, der sich durch das ganze Leben des Heinrich Lux zieht. Den Arbeitern bleibt er im Denken wie in der Publizistik verbunden; seine Tochter Eva erzählt: »Ich kam von der Bahn, schleppte einen schweren Koffer. Ein Arbeiter sprach mich an: ›Ich trag ihn dir, wo wohnste?‹ ›Fregestraße 81.‹ ›Wo der olle Lux wohnt?‹ Die Arbeiter kannten ihn alle, meinen Vater. Als Sozialdemokrat hatte er viel Kontakt mit ihnen gehabt. Der Arbeiter geht mit rauf. Vater hat sich so gefreut.« Das war im Ersten Weltkrieg.

Zu Künstlerkreisen pflegt Lux lange enge Kontakte: Erich Mühsam, Franz Wedekind, Käthe Kollwitz. Mit Naturwissenschaftlern wie Karl Steinmetz ist er eng befreundet und hilft mit List und Geschick, dass Steinmetz seiner drohenden Verhaftung entgeht und nach Amerika emigrieren kann. Kunst, Aufklärung, Politik – jahrzehntelang bleiben dies die maßgebliche Themen für Heinrich Lux, vor und nach der Haft.

In der Weimarer Republik ist Lux zunehmend enttäuscht von seiner SPD. Er zieht sich aus der Politik immer mehr zurück; politische Publikationen sind ab da die Ausnahme, dagegen bringt er sein immenses Wissen über Licht und Beleuchtung in Buchform.

Die letzten Jahre

Die Leidenschaft für Reisen in die Bergwelt und häufiges Fotografieren bestimmen weiterhin das Leben des Heinrich Lux. Doch die Machtübernahme durch die Nazis wird zu einer extrem schweren Last für ihn und seine Angehörigen: Seine jüdische Frau erhält Berufsverbot, Angehörige werden verschleppt, gefoltert, ermordet. Manchen lässt Lux auf ihren Wunsch hin Zyankali zukommen, um ihnen größere Qualen zu ersparen. Er macht keinen Hehl aus seiner rigorosen Abneigung gegen die Faschisten; bei jedem Zusammensein mit



Dr. H. Lux
Patentanwalt
Fernsprecher: 223791
Postscheck-Konto: Berlin 20800

Berlin W 35, den 31. Dezember 1938
Bülowstr. 31

Frau Wera Kugler-Lux.

Rosenaustr. 74

A u g s b u r g.

Lieber Wera!

Es ist mir unverständlich, wie die Paßstelle dazu kommt, Dich zur Jüdin machen zu wollen. Kann man nicht gegen den Denunzianten, der offenbar bewußt falsche Angaben über Dich macht, um Dir zu schaden, gerichtlich vorgehen?

Wie ich schon mehrfach erklärt habe , habe ich hier beim Patentamt schon im Jahre 1935 meinen Ariernachweis bis etwa 1800 erbracht. Solltest Du die Papiere hierfür brauchen so kann ich Dir sofort die beglaubigten Photokopien schicken. Soeben habe ich für eine erneute Erhebung alles an die Patentanwaltskammer einreichen müssen.

Von Deiner Mutter besitze ich allerdings nicht ein einziges Papier, um ihre Rassezugehörigkeit zu erweisen; seit unserer Eheschließung sind 50 Jahre verflossen und damals kümmerte man sich nur um die Religionszugehörigkeit. Ich kann daher nur die Erklärung abgeben, daß sie nicht der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörte. Aus Rußland Abstammungszeugnisse zu erhalten, war damals schon nicht möglich und ist es jetzt erst recht nicht. Doch muß aus ihrer Sterbeurkunde ja hervorgehen, daß sie evangelisch war daß Du also auch von dieser Seite her nicht als Jüdin angesehen werden kannst. Du kannst Dich also auf alle Fälle auf

berger Gesetze berufen, nach denen Du selbst bei
gster Auslegung der fehlenden Nachweismöglichkeiten
e russische Mutter niemals als Jüdin gelten könntest.
Dir doch von der Polizei genau angeben, wie meine
g unter Berücksichtigung der angeführten Tatsachen
müßte. Ich kann natürlich, da alle sonstigen Unter-
hlen, nur die mündlichen Angaben der Verstorbenen
e legen.
habe noch einen Satz beglaubigter Urkunden da und
sie deshalb gleich mit, wenn Du sie nicht mehr brauch
h um Rückgabe. Vielleicht kannst Du Dir Deine Papiere
l dieser auch beglaubigen lassen für späteren Bedarf.
großeltern brauchtest Du ja eigentlich gar nicht

möchte nur wissen, wie diese ganze Geschichte zu-
commen ist; hoffentlich kommt alles bald in Ordnung,
im neuen Jahr von weiteren Aergernissen verschont

Mit den herzlichsten Grüßen
und einen lieben Kuß
Dein Vater

6 Photokopien (beglaubigt).

Mit diesem Brief, verfasst im Jahr der Novemberpogrome, griff Heinrich Lux zu einer Notlüge. Er wusste, dass seine erste Frau Jüdin war, argumentierte jedoch anders, um seine Tochter Wera zu schützen.

Foto Brief: U. Tietze/Familienbesitz; Foto Tietze: Privat

Angehörigen spricht er als Toast das Wort »Pereant!« (lateinisch für »Mögen sie untergehen!«), auch in Gegenwart von Menschen, die er politisch nicht einschätzen kann.

Auf Wunsch seiner Frau Dora schreibt er noch seine Memoiren in der Zeit des Faschismus. Er benennt offen seine Sympathie für sozialistische Ideen, macht auch seine Lektüre von Marx und anderen Klassikern deutlich, und auch seine Nähe zu nicht wenigen Juden hält er nicht geheim. (Das Judentum als Religion interessierte ihn allerdings ebenso wenig wie das Christentum.) Viele Formulierungen freilich deuten auf Vorsicht hin: Die NS-Verbrechen beschreibt er nicht, obwohl er von ihnen wusste.

1944 im August stirbt Heinrich Lux. Die Befreiung Deutschlands vom Faschismus hat er nicht mehr erlebt.

Ulrich Tietze (*1954) ist Pfarrer und arbeitete viele Jahre als Gefängnisseelsorger. Er ist ein Enkel von Heinrich und Dora Lux. Aktuell arbeitet er an einem Buch über seinen Großvater.

Humanismus – Ruhe oder Unruhe? Zum neuen Buch von Joachim Kahl

Von Ralf Schöppner

Der religionskritische Philosoph Joachim Kahl spricht mit seinem neuen Buch eine »Einladung zum Humanismus« aus. Mit diesem Gestus ist schon einiges über den Inhalt gesagt. Eine Einladung, zumal eine so freundliche wie auf den dann folgenden Seiten, macht wenig Sinn, wenn der Einladende nicht etwas Schönes und Attraktives bereithält. Es kann dann z.B. kaum noch ein solcher Humanismus angeboten werden, dem es ausschließlich um harte politische Interessensvertretung geht, und sicherlich keiner, der mit missionarischem Eifer daherkommt oder eine wissenschaftliche Evidenz anpreist, der man zu folgen habe, sofern man rational sein möchte. Worauf dann also können Leserinnen und Leser sich freuen, wenn sie dieser Einladung folgen?

»Der Mönch am Meer« von Caspar David Friedrich gehört zu den Werken, die Kahl in seinem neuen Buch interpretiert.

Kahl möchte Einzelnen wie Kollektiven mit seinem Humanismus eine ethische Orientierungs- und Sinnperspektive für ein gutes menschliches Leben bieten, in herausfordernden Zeiten und vor dem Hintergrund einer weltlichen Kosmologie und Anthropologie. Auffällig ist, dass er in diesem Buch insbesondere die Bedeutung von Kunstwerken als Zugang zu humanistischen Anschauungen hervorhebt. Acht sehr prägnante Kurzanalysen von »Meisterwerken der bildenden Kunst« machen ein Drittel des Buches aus. Auch das ist eine willkommene Besonderheit im humanistischen Diskurs, in dem die Kunst doch so manches Mal auf ihre evolutionäre Nützlichkeit oder ein bürgerliches Überbauphänomen reduziert wird.

Kahl interpretiert Albrecht Dürers »Selbstbildnis als Akt« (ca. 1521) als eine moderne Weise individueller Selbstverständigung, »vornehmlich für Männer« (S. 114). Es gehe dort um den Aufbruch zur religionsbefreiten Sorge um sich selbst, um Leiblichkeit und Sinnlichkeit, die Gleichrangigkeit von Vernunft und Trieb und nicht zuletzt um Verletzbarkeit. In Frida Kahlos Selbstbildnis »Die gebrochene Säule« (1944) sieht Kahl unsere existenzielle Ambivalenz verkörpert: einerseits Unfreiheit, Wehrlosigkeit, Schmerz und Trauer und andererseits Freiheit, Würde, Stolz und Kraft. Die gebrochene Säule symbolisiere als ihr »Rückgrat« Kahlos Selbstbehauptung trotz der ständigen Schmerzen in Folge ihres schrecklichen Verkehrsunfalls mit 18 Jahren, durch den sie ihre Beweglichkeit verloren hatte. Dieses »Meisterwerk des phantastischen Realismus« sei Stütze und Hilfe auch für die Betrachtenden (S. 119).

Genauso lesenswert sind auch seine Interpretationen von Caspar David Friedrichs »Mönch am Meer« (1808-1810), Pieter Bruegels »Landschaft mit Sturz des Ikarus« (ca. 1560), Edvard Munchs »Der Schrei« (1893), Tizians »Toilette der Venus« (1555), Max Beckmanns »Odysseus und Kalypso« (1943) und Max Ernsts »Die Jungfrau züchtigt den Jesusknaben vor drei Zeugen: André Breton, Paul Éluard und dem Maler« (1926). Kahl beschreibt jeweils Komposition und Farbgebung, nennt Hintergründe und schlägt humanistische Deutungsperspektiven vor. Dies alles macht er auf gut verständliche wie inspirierende Art und Weise, die bei Leserin und Leser weder kunsthistorische Kenntnisse noch besonderes Interesse an Kunst schon voraussetzt. Leider lässt die Bildqualität im Buch es nicht zu, dass jedes beschriebene Detail auch erkennbar ist.

Joachim Kahl: »Humanismus – Eine Einladung«; Tectum; 176 S.; € 26,-; ISBN: 978-3828845978

Freuen können sich Leserinnen und Leser weiter auf vier knappe Porträtskizzen von »Persönlichkeiten mit humanistischem Profil«: Bertha von Suttner, Olympe de Gouges, Fritz Bauer und Nelson Mandela. Ein eigenes Kapitel widmet Kahl den aktuellen Debatten um Selbstbestimmung und Sterbehilfe, eingedenk des »relativen« und »fragmentarischen« Charakters von Selbstbestimmung und doch beharrend auf der Legitimität des eigenen freien Willens. Auf jeder Seite des Buches tritt die tiefe Menschenfreundlichkeit der Kahlschen Humanismusvariante eindrucksvoll hervor. Ausgehend von der evolutionären Verankerung sowohl kooperativer als auch aggressiver Potenziale versteht er unter Humanismus die Förderung der kooperativen Möglichkeiten des Menschen (S. 2). Es gehe um Wohlergehen und Selbstbehauptung, darum, »die Last und Härte der menschlichen Existenz mildern« zu helfen« (S. 5).

Gemälde: Wikimedia Commons/KwEv; TMjhnSkA at Google Arts & Culture/Künstler: Caspar D. Friedrich (PD)

Er findet ein »abendländisches Humanitätsideal« schon bei Antigone, der »ersten namentlich bekannten Humanistin«: »Nicht mit zu hassen, mit zu lieben bin ich da« (S. 3). Zusammenfassend nennt er die vier klassischen Kardinaltugenden als Leitbild eines humanistischen Weltethos: Klugheit, Gerechtigkeit, Tapferkeit, Mäßigung, nicht ohne die Problematiken solcher Tugendkataloge zumindest anzudeuten.

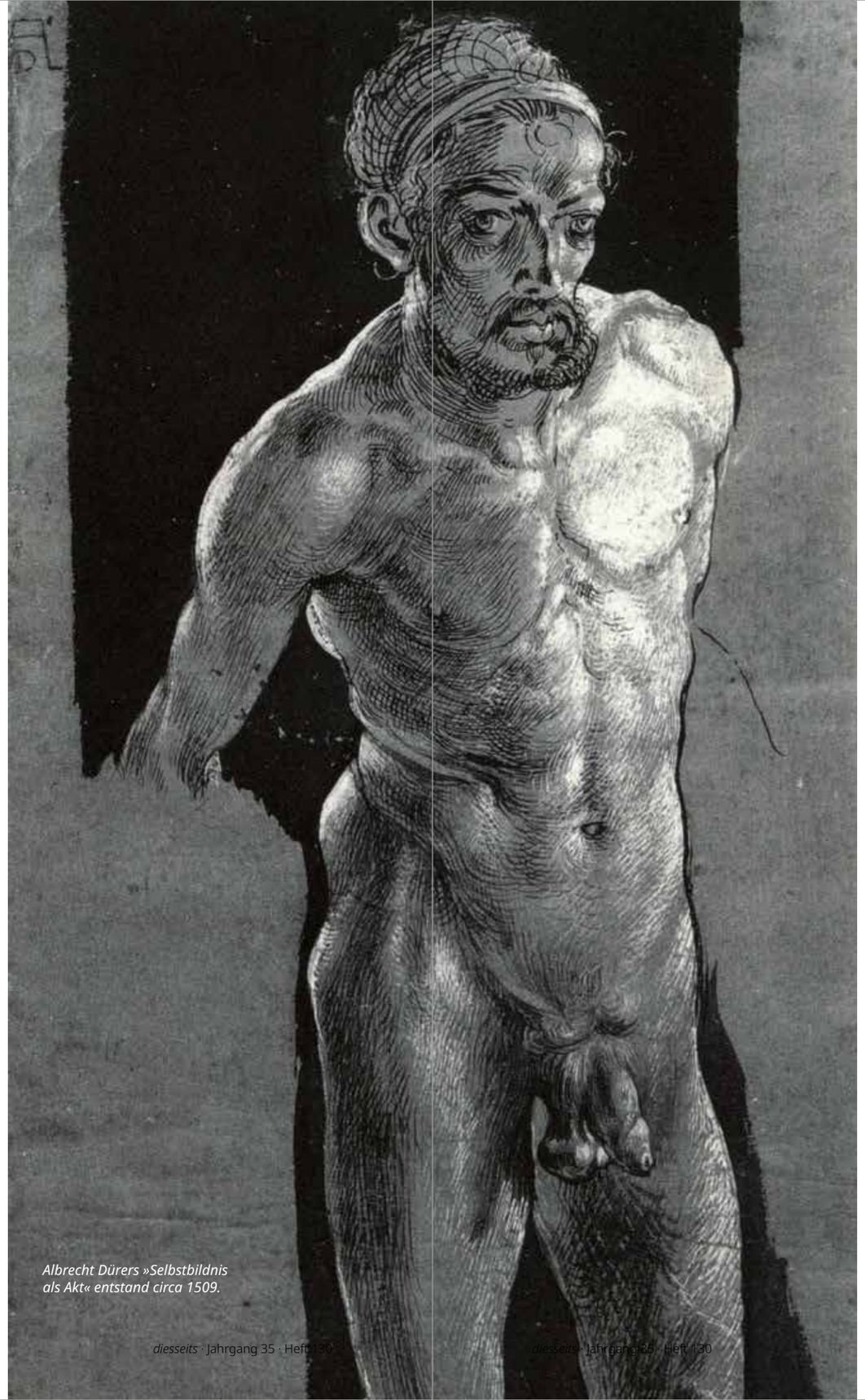
Den Begriff »Weltethos« übernimmt Kahl vom katholischen Theologen Hans Küng. Er bejaht u.a. dessen Forderung nach einer notwendigen »Koalition der Glaubenden und Nichtglaubenden« (S. 151). An dieser Stelle des Buches ist klar, dass Kahls Humanismus gut damit leben kann, dass es Glaubende gibt und weiterhin geben wird. Jedoch macht er sich im Schlussabsatz seines Buches Feuerbachs Ziel zu eigen, aus Gottesfreunden Menschenfreunde, aus Gläubigen Denker und aus Christen ganze Menschen machen zu wollen. Diese etwas einfachen Oppositionen – als ob Gläubige nicht auch nachdenkliche Menschenfreunde sein könnten – passen eigentlich nicht zum Gesamtduktus des Buches und die Missionierungsabsicht scheint auch mit dem vorab bejahten ethischen Koalitionsanliegen zu konfligieren.

Es ist insgesamt beeindruckend, wie Kahl es schafft, mit seinem Buch eine attraktive Einladung auszusprechen, ohne doch die existenziellen und moralischen Nachtseiten menschlichen Lebens zu übergehen oder in einem Beglückungskonzept à la Beratungsliteratur aufzuheben. Allein dafür lohnt die Lektüre. Kahl benennt die humanen Potenziale der Menschen und beschreibt genauso deren Abgründe und Grausamkeiten. »Weltvergnügen« und »Weltschmerz« – zusammen mit dem »Weltethos« Kahls »humanistischer Dreiklang« – gehören beide zum humanistischen Lebensgefühl.

Wer also Kahls Einladung annimmt, wird dies kaum bereuen. Geboten wird etwas Wertvolles: die spezifische Idee eines guten menschlichen Lebens *in dieser Welt*, die nicht nur andere *Erklärungen* liefert – wissenschaftliche statt religiöse –, sondern darüber hinaus und primär eine attraktive *lebenspraktische Orientierung*. Kahls Humanismus soll Menschen helfen, die Herausforderungen ihres Lebens zu bewältigen. Es ist ein Humanismus der ausgeglichenen Gelassenheit, der »Seelenruhe« der Stoa und auch Epikurs, wo Lust aber vornehmlich die Abwesenheit von Leid ist. »Weltvergnügen« und »Weltschmerz« sind dann beide gedämpft. Und vielleicht lohnt es sich hier, auch einen anderen Akzent zu denken. Bei Kahl gibt es keine hohen Ausschläge, weder in Richtung Lust noch in Richtung Leid: Die Freuden und Genüsse des menschlichen Lebens werden eher zurückhaltend angedeutet und die geforderte souveräne Versöhnung mit Vergänglichkeit und Sterblichkeit erscheint recht harmonisch. Seelenruhe eben, und nicht Unruhe der menschlichen Begehren. Aber gehört nicht gerade das leidenschaftliche Erleben von Lust und Freude – nicht nur das wohltemperierte Vergnügen – ganz wesentlich zu einem guten menschlichen Leben dazu? Und bedingen diese Leidenschaften nicht notwendig auch Enttäuschungen, Leid und Trauer, mit denen man sich doch nur dann wirklich versöhnen kann, wenn auch die Spitzen der Leidenschaften gekappt werden? Geliebte Menschen, Dinge und Tätigkeiten: Möchte man sich wirklich damit versöhnen, sie einst für immer verlieren zu müssen? Die Opfer der Weltgeschichte: Kann man sich wirklich damit versöhnen, dass es keine Wiedergutmachung geben wird?

Vielleicht muss man sich auch in humanistischer Perspektive gar nicht damit versöhnen. Womöglich macht es gerade die Leidenschaft menschlichen Lebens aus, sich mit all dem nicht abfinden zu können. Es wäre dies dann ein unversöhnlicher Humanismus, der eben nicht alles bewältigen kann und will. Der seine Lebensfreude nicht nur aus dem Bewusstsein der Endlichkeit des Lebens bezieht, sondern aus der Verweigerung der Versöhnung mit dieser Endlichkeit. Der seinen Mut zum Engagement nicht nur dem Bewusstsein von Ungerechtigkeiten verdankt, sondern der Unversöhnlichkeit mit diesen Ungerechtigkeiten. Ein moderner Humanismus muss nicht befürchten, sein Hedonismus diskreditiere ihn moralisch und seine Unversöhnlichkeit bahne den Weg zur Religion. ●

Dr. phil. Ralf Schöppner ist praktischer Philosoph und Direktor der Humanistischen Akademien Deutschland und Berlin-Brandenburg.



Albrecht Dürers »Selbstbildnis als Akt« entstand circa 1509.

Gemälde: Wikimedia Commons/Klassik Stiftung Weimar/Künstler: Albrecht Dürer (PD); Foto Schöppner: Arik Platzek

Wer hilft bedrohten Humanist*innen?

Von Jan Christian Petersen

Viele Menschen mit weltlicher Lebenseinstellung werden in anderen Ländern wegen ihrer Anschauungen verfolgt. Oftmals werden sie von Behörden und religiösen Gruppen angegriffen, weil sie Religion für sich selbst ablehnen oder offen humanistische Werte vertreten. Um den Verfolgten zu helfen, betreibt *Humanists International* ein eigenes Schutzprogramm: *Humanists at Risk.*

Auf der ganzen Welt gibt es Menschen, die eine humanistische oder atheistische Grundhaltung vertreten. Doch viele dieser Menschen sind gezwungen, ein Leben im Verborgenen zu führen. Treten sie offen als nichtreligiös in Erscheinung, drohen Jobverlust, Diskriminierung, gesellschaftliche oder familiäre Ächtung und nicht selten auch gewalttätige Übergriffe. In acht Ländern gelten zudem Gesetze, die nichtreligiöse Bürgerinnen und Bürger mit Gefängnis oder Tod bestrafen. Das sind die vom Islamismus geprägten Staaten Mauretanien, Pakistan, Iran, Afghanistan, Somalia, Saudi-Arabien, Nigeria und Brunei.

Der internationale Dachverband *Humanists International,* dem auch der HVD angehört, hilft diesen verfolgten Menschen. Das weltweite Schutzprogramm nennt sich *Humanists at Risk.*

Seit April 2020 wird das Programm im schottischen Glasgow von Emma Wadsworth-Jones koordiniert. Korrektes Länderwissen und eine geschulte zwischenmenschliche Kommunikation sind unabdingbar, um Menschen, die teils traumatisiert sind, vor ihrem individuellen kulturellen Hintergrund helfen zu können. Wadsworth-Jones ist dafür qualifiziert. Jeder Fall, der sie erreicht, wird von ihr gewissenhaft geprüft in Bezug auf die tatsächliche gesellschaftliche und politische Situation der Betroffenen. Das nimmt viel Zeit in Anspruch. Ein solcher Arbeitsaufwand ist jedoch notwendig, um Gefährdungssituationen korrekt einschätzen und priorisieren zu können. Letztlich geht es um Menschenleben.

Spricht Wadsworth-Jones mit den Hilfesuchenden, geht es ihr jedoch erst einmal darum, »jene Menschen, die so lange ihre wahre Lebenshaltung verborgen haben, fühlen zu lassen, dass sie Teil von etwas sind.« Außerdem sei es wichtig, den betroffenen Menschen die Kontrolle über die Verbesserung ihrer eigenen Sicherheit zu geben. Es gehe darum, einen *informierten Konsens* mit den Hilfesuchenden zu erlangen und aufrechtzuerhalten, denn das erlangte Sicherheitsgefühl muss in Einklang mit der tatsächlichen Gefährdungssituation stehen. Doch durch die Bewegungen, die die Hilfe anstößt, aber auch durch Einflüsse von außen (zum Beispiel in Krisengebieten) ändert sich die Sachlage ständig. Nur der kompetente Umgang mit Fakten und eine geschulte zwischenmenschliche Kommunikation schaffen das notwendige Vertrauen. Dasselbe gilt für die Kommunikation nach außen. »Wenn wir bei Regierungsvertretern oder der UN intervenieren, müssen wir sicher sein, dass die Informationen, die wir bereitstellen, akkurat sind«, erklärt Wadsworth-Jones.

Humanists INTERNATIONAL

Wir können uns die Drastik einiger Fälle kaum vorstellen

Auf der Webseite von *Humanists at Risk,* die über *humanists.international* zu erreichen ist, sind Fälle von verfolgten Menschen dokumentiert, die als Aktivistinnen und Aktivisten in der Öffentlichkeit stehen. Dazu gehört der Kurator und Dichter Ashraf Fayadh, der in Saudi-Arabien für die Kunst- und Meinungsfreiheit eintritt. Fayadh wurde im November 2015 des Abfalls vom Glauben für schuldig befunden. Er habe atheistische und blasphemische Verse in seinem Gedichtband »Instructions Within« verfasst. Deshalb sollte ihm der Kopf mit einem Schwert abgeschlagen werden. Im Februar 2016 wurde sein Todesurteil umgewandelt zu einer achtjährigen Gefängnisstrafe, die mit zusätzlichen 800 Peitschenhieben einhergeht. Seit 2015 engagiert sich *Humanists International* für Fayadh. Die Organisation hat seinen Fall mehrfach vor dem UN-Menschenrechtsausschuss thematisiert.

Ein anderer Fall spielt sich in Sri Lanka ab. Dort lebt der Aktivist Rishvin Ismath. Er ist Präsident des Zentralrats der dortigen Ex-Muslime. Weil er sich offen zu seinem Atheismus bekennt, drohen ihm islamistische Mordanschläge. Deshalb muss er sich versteckt halten. *Humanists at Risk* steht in ständigem Kontakt zu Ismath und unterstützt ihn auch finanziell.

Foto Wadsworth-Jones: Privat

Emma Wadsworth-Jones

Wadsworth-Jones verfügt über Masterabschlüsse in Psychologie und in vergleichender Politikwissenschaft (mit Bezug zu Lateinamerika) sowie über sieben Jahre Erfahrung als Fallmanagerin bei der Menschenrechtsorganisation PEN International.

Auch Amina Ahmed lebt in Furcht. Sie ist die Frau von Mubarak Bala, dem Präsidenten der *Humanist Association of Nigeria.* Bala ist seit 28. April 2020 wegen Anstiftung zum öffentlichen Aufruhr in Haft, weil er sich in sozialen Medien blasphemisch geäußert haben soll. Ahmed wurde dabei oft im Unklaren darüber gelassen, ob und unter welchen Bedingungen ihr Mann noch lebt. Die ersten 15 Monate befand sich Bala in Haft, ohne dass überhaupt Anklage gegen ihn erhoben wurde. Zuletzt wurde eine für Oktober 2021 angesetzte Anhörung auf Dezember desselben Jahres vertagt.

Mubarak Bala leidet nach monatelanger Haft inzwischen an gesundheitlichen Problemen, zudem ist er, laut seiner Frau, zunehmend traumatisiert. Bala habe das gemeinsame Baby seit der Inhaftierung erst dreimal zu Gesicht bekommen. »Wenn er freigelassen wird«, erklärt die junge Frau, »werden wir von hier weggehen.« Sie fühlt sich mit ihrer Familie nicht sicher. »Wir wollen nur noch heilen.«

Humanists at Risk hilft aber nicht nur Menschen, die in der Öffentlichkeit stehen. In den ersten zwei Monaten nach dem Fall Kabuls am 15. August hat das Schutzprogramm allein 39 Anfragen aus Afghanistan erhalten. ●

Sie wollen das Schutzprogramm *Humanists At Risk* unterstützen? Spenden können über die Webseite geleistet werden: hmnts.in/donation-humanists-at-risk

Foto Mätschke-Gabel: Bündnis für ein tolerantes und weltoffenes Berlin

Jens Mätschke-Gabel

Jens Mätschke-Gabel (*1975) ist Dipl.-Informatiker und staatlich anerkannter Sozialarbeiter. Er ist Demokratie- und Antirassismus-Trainer und leitet seit 2017 die Geschäftsstelle des Bündnisses für ein weltoffenes und tolerantes Berlin.

Hier spricht er bei einer Protestkundgebung gegen einen Heß-Aufmarsch in Berlin-Spandau.

Ein Bündnis für ein weltoffenes und tolerantes Berlin

Sensibilisieren, vernetzen, Mut machen, Demokratie stärken

Das Interview führte Lydia Skrabania

Seit 2016 gibt es in der Hauptstadt das Bündnis für ein weltoffenes undtolerantes Berlin. Getragen wird es von Berliner Wohlfahrts- und Sozialverbänden, Gewerkschaften, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, Verbänden und Vereinen – auch der Humanistische Verband Berlin-Brandenburg gehört dazu. Zu den Zielen des Bündnisses gehört es, fremdenfeindlichen, rassistischen und totalitären Ideologien entgegentreten und für ein weltoffenes und tolerantes Miteinander einzustehen. Wir haben mit dem Leiter der Geschäftsstelle, **Jens Mätschke-Gabel,** gesprochen.

Herr Mätschke-Gabel, Sie leiten die die Geschäftsstelle des Bündnisses für ein weltoffenes und tolerantes Berlin. Was waren die Gründe dafür, dass das Bündnis ins Leben gerufen wurde?

Zum einen gab es den Wunsch, die interne Organisation zu verbessern. Denn Akteure wie die Kirchen, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände haben schon vor der Bündnisgründung immer wieder punktuell zusammengearbeitet, zum Beispiel bei Protesten gegen Neonaziaufmärsche oder im Rahmen von Demokratiefesten. Oft waren das aber »Hauruck-Aktionen«. Die Idee war also, eine zentrale Struktur für die Koordinierung und Planung zu schaffen, um die Zusammenarbeit zu verstetigen und sich gegenseitig zu unterstützen. Auf der anderen Seite war es so, dass gerade in den Jahren vor der Bündnisgründung größere Neonaziaufmärsche in Berlin stattfanden – und es gab den starken Wunsch, dem etwas entgegenzusetzen und ein starkes Bild nach außen zu vermitteln, dass Berlin weltoffen und tolerant ist.

Spielte auch die verstärkte Hetze und Mobilisierung gegen Geflüchtete nach 2015 eine Rolle?

Ja, ich denke, das war auch ein ganz wichtiger Punkt. Eben dieses Bild nach außen zu transportieren: Es gibt sehr, sehr viele Menschen und Organisationen, die sich für geflüchtete Menschen engagieren

Wie wird das erreicht?

Das hat verschiedene Facetten. Das eine ist, in der Öffentlichkeit Stellung zu beziehen, also ganz klar und deutlich aufzutreten gegen Rassismus und gegen Gewalt, sei es über Kampagnen oder

Im Herbst 2020 protestierten tausende Menschen gemeinsam gegen einen Neonazi-Aufmarsch der rechtsextremen Partei »Der III. Weg« in Hohenschönhausen. Die Auftaktkundgebung wurde vom Bündnis für ein weltoffenes und tolerantes Berlin ausgerichtet.

Foto: Kundgebung: Florian Boillot

Statements. Eine zweite Eben ist die Mobilisierung neuer Zielgruppen. Zum Beispiel organisieren wir bei Gegenveranstaltungen zu einem Neonaziaufmarsch familienfreundlichere Kundgebungen und erreichen und aktivieren so Menschen, die bisher weniger angesprochen wurden. Und das klappt auch ganz gut. Und die dritte Ebene ist die Stärkung der Berliner Zivilgesellschaft insgesamt. Wir sind vernetzt mit verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteuren und da ergänzt sich unser Angebot mit den bestehenden. Und ein weiterer Aspekt ist, dass unsere Mitglieder eben auch große Verbände und Organisationen sind – und deren Engagement bei uns, deren klares Auftreten bei uns, wiederum eine Innenwirkung in diese Mitgliedsorganisationen hinein erzeugt.

Es gibt also neben der Außenwirkung auch eine Innenwirkung?

Ja, das sind zwei Dinge, die sich ergänzen. Mein Empfinden ist, dass langfristig die größte Wirkung bei den einzelnen Menschen liegt. Wenn sie sich sensibilisieren, zum Beispiel zu Verschwörungsmythen, wenn sie mehr Hintergrundwissen erhalten, wie sie agieren, argumentieren und auch handeln können, befähigt das diese Leute wieder dazu, in ihren Organisationen Dinge zu verändern. Ich denke, dass dieser Austausch, die Sensibilisierung, die Fortbildungen, das gegenseitige Mut machen, einen Unterschied macht. Und das kann das Bündnis leisten und tut es auch schon.

Sie bemühen sich im Bündnis eine Vielfalt abzubilden. Wie läuft denn die Zusammenarbeit mit diesen, teils sehr unterschiedlichen Bündnispartnern?

Ich glaube, da haben wir in den vergangenen fünf Jahren einen sehr spannenden Prozess erlebt. Denn alle Bündnispartner eint das große Ziel, gegen Rassismus, für mehr Mitmenschlichkeit, für Weltoffenheit einzutreten. Wenn wir uns aber die Mitgliedsorganisationen anschauen, dann hat die Katholische Kirche für diese Ziele eine ganz andere Begründung als der Humanistische Verband (*Anm. d. Red.: gemeint ist der HVD Berlin-Brandenburg KdöR*) und wieder ganz anders begründet das der Türkische Bund. Am Anfang war das durchaus spannungsgeladen. Es ist auch kein Geheimnis, dass der Humanistische Verband gegenüber den christlichen Kirchen – ich würde es mal liebevoll formulieren – hin und wieder kleine Provokationen in den sozialen Medien veröffentlicht. Aber es ist uns wirklich gelungen, mittlerweile eine sehr vertraute Zusammenarbeit zu etablieren.

Und wie ist das gelungen?

Dadurch, dass die Menschen sich kennengelernt haben und regelmäßig miteinander arbeiten; dadurch, dass wir gemeinsame Aktionen organisiert und durchgeführt haben. Natürlich gibt es auch immer wieder mal Spannungen, wenn es um Zielrichtungen geht. Aber es gibt nun eine Basis an Vertrauen und Wohlwollen und inzwischen ist das, wie ich finde, ein wunderschönes gemeinsames Arbeiten. Ein Beispiel dazu: Vor ein paar Jahren gab es im Berliner Senat eine Anhörung zum Thema Ladenöffnungszeiten am Sonntag, wo verschiedene Akteure wie Kirchen und Gewerkschaften zu Stellungnahmen gebeten wurden. Und diese Anhörung lief in der Vorbereitung sehr intensiv und konstruktiv, weil sich die Akteure über das Bündnis bereits kannten und es damit bereits dieses Vertrauen schon gab. Sobald Menschen sich kennen, regelmäßig und erfolgreich über einen längeren Zeitraum miteinander zusammenarbeiten, verändert das untereinander das ganze Gefühl. Es gibt von den Mitgliedsorganisationen immer mal wieder unterschiedliche Wünsche, die vielleicht nicht für alle den gleichen Stellenwert haben, aber wir versuchen, auch das zusammenzubringen.

Danke für das Interview!

Bündnis für ein weltoffenes und tolerantes Berlin

Das Bündnis wurde im November 2016 gegründet. Aktuell hat das Bündnis 23 Mitgliedsorganisationen, darunter der HVD Berlin-Brandenburg, die die Geschäftsstelle über ihre Mitgliedsbeiträge finanzieren.

Mehr Infos unter: berlin-weltoffen.de

Hanno Günther
Ein fast unbekannter jugendlicher NS-Gegner

Von Michael Schmidt

Am 28. Juli 2021 jährte sich zum 80. Mal die Verhaftung des am 12. Januar 1921 geborenen jugendlichen NS-Gegners Hanno Günther. In jener Zeit, als die große Mehrzahl der Deutschen Hitler frenetisch bejubelt, will er sich nicht mit der NS-Diktatur abfinden. Während die fast gleichaltrige Sophie Scholl mit ihrem bürgerlich-christlichen Hintergrund eine der populärsten Figuren des deutschen Widerstands ist, bleibt der weltliche Linkssozialist Hanno Günther nahezu unbekannt. Dabei ist er genauso mutig und tatkräftig, und er ist von Anfang an ein Gegner des NS-Regimes. Ein Porträt.

Hanno Günther wächst in einem linkssozialistisch geprägten Elternhaus auf. Seine Mutter schickt ihn auf die Neuköllner Rütlischule, eine weltliche Lebensgemeinschaftsschule. Dort knüpft Günther Kontakte zu den kommunistischen Jungpionieren, denen er sich aus eigenem Willen anschließt. Die sozialdemokratisch orientierten »Falken«, bei denen ihn seine Mutter zunächst angemeldet hatte, sind ihm zu wenig kämpferisch. Im Mai 1933 wird die Rütlischule, wie alle weltlichen Schulen, von den Nationalsozialisten zerschlagen. In der Hoffnung, dennoch das Abitur machen zu können, wechselt Hanno Günther 1934 auf die Schulfarm Scharfenberg. Allerdings muss er dazu dem Jungvolk, der NS-Organisation für die 10- bis 14-jährigen Jungen, beitreten. Dieser für ihn sicher schmerzhafte politische Spagat endet 1936. Als er bei einem Gesinnungsaufsatz mit dem Thema: »Die Arbeitslosigkeit der Systemzeit und Hitlers Arbeitsbeschaffungsprogramm« seine Ansichten offen formuliert, wird er der Schule verwiesen. In der Folge beginnt er eine Bäckerlehre und erklärt seinen Austritt aus der Hitlerjugend, zu der er seit dem Frühjahr 1935 wie alle Jugendlichen seines Alters verpflichtet wurde.

Der aktive Widerstand beginnt

1937 – Sophie Scholl ist zu dieser Zeit noch Führerin im Bund Deutscher Mädel (BDM) – findet Hanno Günther über den Vater eines ehemaligen Schulkameraden Zugang zu einem Kreis von linken Intellektuellen. Dieser Kreis trifft sich zumeist in der Wohnung von Elisabeth Pungs in Berlin-Wilmersdorf. Nach dem Überfall auf Polen entscheiden sich Elisabeth Pungs und Hanno Günther, zum aktiven Widerstand überzugehen. In jener Zeit, in der sich die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung angesichts der Blitzkriege in Jubelstimmung befindet und die KPD im Hinblick auf den Hitler-Stalin-Pakt verstummt ist, verfasst und verbreitet der 18-Jährige gemeinsam mit Elisabeth Pungs Flugblätter, die sie das *Freie Wort* nennen. Von nun an erscheint jeden Monat eine neue Ausgabe des *Freien Wortes.* Inhaltliche Schwerpunkte der Flugblätter bilden die Agitation gegen den Krieg sowie die Gegenüberstellung von NS-Propaganda und Wirklichkeit. Mit den Aussagen »Hitlers Sieg – ewiger Krieg!« und »Jeder Sieg bringt neuen Krieg«, beweist Hanno Günther seine politische Weitsicht.

> »Mit den Aussagen ›Hitlers Sieg – ewiger Krieg!‹ und ›Jeder Sieg bringt neuen Krieg‹, beweist Hanno Günther seine politische Weitsicht.«

Um seine Widerstandsaktivitäten ausweiten zu können, sucht Hanno Günther beständig nach neuen Mitstreiter*innen. Im September 1940 lernt er beim Geburtstag seiner Freundin Dagmar Petersen Wolfgang Pander kennen. Wolfgang Pander hatte ebenfalls die Rütlischule besucht und war vor 1933 Mitglied des kommunistischen Jugendverbands. Aufgrund seiner jüdischen Herkunft erfährt er diverse Benachteiligungen und versucht 1937, Deutschland illegal zu verlassen. Das bringt ihm eine zweijährige Zuchthausstrafe und die anschließende Überstellung in ein Konzentrationslager ein. Im Sommer 1940 überraschend entlassen, beteiligt er sich, ohne zu zögern, an den Aktionen von Hanno Günther. Gemeinsam verfassen sie die vierte und fünfte Ausgabe des »Freien Wortes«.

Bei einem Klassentreffen im Dezember 1940 gelingt es Hanno Günther, einige ehemalige Mitschüler*innen, deren politische Haltung ihm bekannt war, für die illegale Arbeit zu interessieren. In der Folge bildet sich eine Gruppe von sechs Personen, die sich fortan regelmäßig trifft. Diese Treffen bilden eine Mischung aus lockerem Zusammensein, politischer Diskussion und Schulung. Neben den beiden schon Genannten sind daran Emmerich Schaper, Bernhard Sikorski, Dagmar Petersen und Herta Miethke beteiligt.

Der Kontakt zur illegalen KPD führt zur Enttarnung der Gruppe

Da er sich davon eine Professionalisierung seiner Widerstandstätigkeit verspricht, sucht Hanno Günther nach einem Kontakt zur illegalen KPD. Zu Beginn des Jahres 1941 kommt er schließlich mit Herbert Bochow zusammen, einem politisch vorbestraften Kommunisten und erfahrenen Widerstandskämpfer. Dieser rät Hanno Günther, die gefährlichen Flugblattaktionen einzustellen. Nach anfänglichem Zögern befolgt Günther diesen Rat.

Tragischerweise bedeutete jedoch der Kontakt mit dem zu mehr Vorsicht mahnenden Herbert Bochow das Ende von Hanno Günther und seiner Gruppe. Im Juni 1941 wird Herbert Bochow von der Gestapo wegen einer anderen Angelegenheit verhaftet. Nach langanhaltenden Verhören und Folter bricht er zusammen und gibt alle seine Kontakte preis. Daraufhin gerät die Gemeinschaft um Hanno Günther in die Fänge der Gestapo, die ihr im Zuge der Ermittlungen den Namen »Rütligruppe" gibt. Aus der Gruppe der ehemaligen Rütlischüler*innen verfassten und verbreiteten nur Hanno Günther und Wolfgang Pander Flugblätter. Die anderen Mitglieder leisteten keinen aktiven Widerstand. Dennoch verurteilt der Volksgerichthof alle männlichen Teilnehmer wegen Hochverrats zum Tode. Sie werden am 3. Dezember 1942 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Mit den beteiligten Frauen geht die NS-Justiz glimpflicher um. Dagmar Petersen wird zu sieben Jahren Zuchthaus wegen Beihilfe verurteilt. Hertha Miethke wird nicht angeklagt. Da sie aus beruflichen Gründen häufiger die Treffen versäumt hatte, kann sie der Gestapo glaubhaft machen, dass sie sich politisch von den anderen distanziert habe. Elisabeth Pungs, die erste Mitstreiterin von Hanno Günther, die an schwerer Tuberkulose leidet, wird immer wieder von wohlmeinenden Ärzten für haftunfähig erklärt und kann so dem Prozess entgehen

In der DDR wird Hanno Günther zum Jungkommunisten und die Rütligruppe zu einer Parteizelle stilisiert, die unter Anleitung der KPD-Führung tätig war. Hanno Günther hegte ohne Zweifel Sympathien für die kommunistische Idee, allerdings in deren ursprünglichem Sinne von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit. Ein Parteikommunist war er jedoch nicht. In dem von ihm allein verfassten dritten Flugblatt, das Anfang September 1940 erschien, wird deutlich, dass er eher in den Kategorien eines demokratischen Sozialismus dachte. Er forderte dort unter anderem:

»Wir wollen einen gerechten Frieden und dadurch dauerhaften Frieden!

Wir wollen die Freiheit der Meinung und des Glaubens!

Wir wollen die Verhinderung kommender Kriege durch Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und Einziehung der Kriegsgewinne!

Wir wollen die Schaffung einer wahren Volksvertretung!«

Es ist zu vermuten, dass die falsche Inanspruchnahme durch die DDR nachwirkte und dazu beitrug, dass Hanno Günther bis heute in der Bundesrepublik nicht jene Würdigung erhalten hat, die er verdient hätte. Festzuhalten bleibt, dass Hanno Günther, vor dem Hintergrund des Siegestaumels in Deutschland, schon 1939 als 18-Jähriger nüchtern die Kriegspolitik des NS-Regimes entlarvt. Das allein schon macht ihn zu einem herausragenden Vertreter des deutschen Widerstands.

Michael Schmidt ist Diplom-Politologe und arbeitete bis zu seinem Ruhestand in der Abteilung Bildung des HVD Berlin-Brandenburg. Er war u.a. Projektleiter der Ausstellung »Humanisten im Fokus – Zerstörte Vielfalt«.

Foto Tafel: Wikimedia Commons/OTFW Berlin (CC BY-SA 3.0); Foto Schmidt: Arik Platzek

Freianzeige

ohne **diesseits** *fehlt etwas*

seit 1987

***diesseits* im Wandel:**

Wie soll unser humanistisches Magazin in Zukunft aussehen?

Welche Wünsche und Anregungen haben Sie?

Wir freuen uns über Ihr Feedback!

Schreiben Sie an: redaktion@diesseits.de.